



Koalitionsvertrag 2026 – 2029
zwischen SPD und CDU in Brandenburg

VERANTWORTUNG FÜR BRANDENBURG

SPD Soziale
Politik für
Brandenburg.

CDU
LANDESVERBAND BRANDENBURG

Potsdam, 16.03.2026

KOALITIONSVERTRAG 2026 – 2029 ZWISCHEN SPD UND CDU IN BRANDENBURG



DIE VERHANDLUNGSFÜHRER

A handwritten signature in blue ink, reading "Dietmar Woidke".

Dr. Dietmar Woidke
Landesvorsitzender
der SPD Brandenburg

A handwritten signature in blue ink, reading "Jan Redmann".

Dr. Jan Redmann
Landesvorsitzender
der CDU Brandenburg

INHALT

Präambel:
„Verantwortung für Brandenburg“ 2

1 Wie entwickeln wir Brandenburg zukunftsfest – solide, digital und effizient?

Entschlossenes Handeln für stabile Landesfinanzen | Zukunftsfähige Kommunalfinanzen | Digitalisierung voranbringen – Bürokratie abbauen 4

2 Wie gestalten wir Brandenburg modern und weltoffen – und stärken dabei Ehrenamt, Zusammenhalt und die Handlungsfähigkeit unseres Landes langfristig?

Demokratie stärken und Ehrenamt schützen | Medienlandschaft fördern und regionale Berichterstattung ausbauen | Europäische Zusammenarbeit vertiefen – Nachbarschaft zu Polen ausbauen | Ostdeutschland sichtbarer machen 10

3 Wie sichern wir Wohlstand und gute Arbeit in Brandenburg und stärken regionale Wertschöpfung von Landwirtschaft bis Industrie im kommenden Jahrzehnt?

Industrie – Rückgrat unserer Wirtschaft | Energie-Land Brandenburg | Klimaschutz und klimaneutrale Wirtschaft | Handwerk – Grundpfeiler der brandenburgischen Wirtschaft | Unternehmer- und Gründergeist wecken | Arbeitsmarkt mit guten Perspektiven | Tourismus und Medienstandort Brandenburg als Wirtschaftsfaktoren | Land- und Ernährungswirtschaft – konventionell und ökologisch | Wasser – bedeutender Rohstoff der Zukunft | Nachhaltige Wald- und Forstwirtschaft, Naturschutz und Wildtiermanagement | Wirksamer Verbraucherschutz, starker Tierschutz 14

4 Wie eröffnen wir Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in Brandenburg verlässliche Zukunftschancen und machen Wissenschaft, Kultur und Innovation zur Stärke des Landes?

Verlässliche frühkindliche Bildung | Gute Bildung – gute Chancen | Beteiligung, Schutz und verlässliche Angebote für junge Menschen | Sport ist Gesundheits- und Bildungsfaktor | Wissenschafts- und Innovationsstandort Brandenburg | Erwachsenenbildung und Volkshochschulen | Verlässliche Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur 24

5 Wie bleibt Brandenburg stabil, sicher und handlungsfähig? Wie sorgt Brandenburg für Ordnung und schützt seine Bürgerinnen und Bürger?

Sichtbare Polizeipräsenz und Ordnung gewährleisten | Starker Verfassungsschutz zur Abwehr extremistischer Bestrebungen | Krisenfester Brand- und Katastrophenschutz | Leistungsfähige zivile Verteidigung und Unterstützung der Bundeswehr | Migration und Integration steuern | Justiz – schnell, modern und wirksam 32

6 Wie bleibt Brandenburg in allen Landesteilen lebenswert?

Leistungsfähige, flächendeckende Gesundheitsversorgung | Gesundheitsvorsorge und Versorgungssicherheit weiterentwickeln | Pflege und würdevolles Altern | Gemeinschaft leben 40

7 Wie gelingt „Ankommen“ in Brandenburg?

Wachstum fördern durch Landesplanung und Regionalentwicklung | Straßen-, Brücken und Radwegebau voranbringen | Schienenprojekte auf die Strecke bringen | Schneller bauen für mehr bezahlbares Wohnen 46

8 Grundsätze der Zusammenarbeit

Struktur der Landesregierung 52

Annex zum Koalitionsvertrag:
Maßnahmenkatalog 56

PRÄAMBEL



„VERANTWORTUNG FÜR BRANDENBURG“

„Verantwortung für Brandenburg“ ist kein Slogan, sondern unser Maßstab für Entscheidungen, für Prioritäten und für unsere Art zu regieren. Unser Land zeichnet sich durch Kraft, Zusammenhalt und ausgeprägte Leistungsbereitschaft aus.

Doch wir erleben wirtschaftliche Brüche und einen tiefgreifenden technologischen Wandel, eine angespannte Sicherheitslage in Europa, Angriffe auf demokratische Institutionen, demografischen Druck und vor allem eine Finanzsituation, die keinen Spielraum für Illusionen lässt. Brandenburg braucht jetzt einen Kurs der Konsolidierung und finanziellen Verantwortung.

Die Brandenburgerinnen und Brandenburger erwarten Lösungen für eine starke Wirtschaft mit guten Arbeitsplätzen, für bezahlbares Wohnen, für gute Bildung und echte Aufstiegschancen, für verlässliche Versorgung sowie für Ordnung und Sicherheit.

Sie erwarten einen Staat, der funktioniert – zuverlässig, verständlich und effizient. Und sie erwarten Ehrlichkeit darüber, was möglich ist und was Priorität hat.

Wie viele andere Länder erlebt auch Brandenburg eine wachsende Bedrohung durch Extremismus. Das ist eine Warnung und ein Auftrag zugleich. Demokratie braucht Schutz, klare Kante gegen Hass und Gewalt

sowie Angebote, die Menschen erreichen, bevor Radikalisierung entsteht.

Wir treten an, um Vertrauen zurückzugewinnen. Darum gilt für diese Koalition ein einfacher Grundsatz: Politik orientiert sich an den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger und daran, die finanziellen Grundlagen des Landes und damit Handlungsfähigkeit zu sichern.

Zugleich ist Politik darauf angewiesen, dass Bürgerinnen und Bürger Eigenverantwortung übernehmen und sich aktiv und respektvoll für das Gemeinwohl einsetzen, sich informieren, dass sie mitreden und mitentscheiden wollen. „Verantwortung für Brandenburg“ bedeutet für uns deshalb auch, gemeinsam Prioritäten zu setzen.

Wir werden Programme überprüfen, Doppelstrukturen abbauen, Verfahren vereinfachen und den Staat auf das Wesentliche konzentrieren.

Und das Wesentliche ist klar: Schutz unserer Demokratie, Sicherheit, eine Wirtschaftspolitik, die Wertschöpfung im Land hält, Kitas, Schulen und Hochschulen, die Kindern und Jugendlichen Zukunftschancen bieten, eine erreichbare und eine leistungsfähige Gesundheitsversorgung. Zudem verlässliche sozia-

le Angebote, gute Infrastruktur auf Straße, Schiene und im digitalen Netz, handlungsfähige Kommunen, sozialverträglicher Klimaschutz und vielfältige Kulturangebote.

Dazu gehört ein Staat, der Recht durchsetzt, und eine Politik, die nicht spaltet, sondern verbindet. Uns geht es um Stabilität, Sicherheit und Verlässlichkeit. Wir werden das Nötige tun und das Richtige nicht aufschieben. Dafür braucht es Disziplin und Klarheit, Mut und Zuversicht.

Wir laden alle Brandenburgerinnen und Brandenburger ein, diesen Weg mit uns zu gehen. Wir übernehmen Verantwortung für Brandenburg, weil es unsere Heimat ist. |



IMMER SCHNELLER

WIE ENTWICKELN WIR BRANDENBURG ZUKUNFTSFEST – SOLIDE, DIGITAL UND EFFIZIENT?

1

Der Landeshaushalt steht, wie alle öffentlichen Haushalte, vor anhaltend großen Herausforderungen. Zu den landesseitig zusätzlich zu berücksichtigenden (Risiko-)Faktoren gehört neben den Auswirkungen der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Besoldung die beim Landesverfassungsgericht anhängige Klage gegen den laufenden Landeshaushalt.

Zahlreiche internationale und gesamtwirtschaftliche Krisenerscheinungen dauern an; weitere können nicht ausgeschlossen werden. Die Finanzpolitik des Landes wird sich in den nächsten Jahren in diesem Spannungsfeld bewähren müssen. Sie muss dabei anpassbar und nachjustierbar sein.

Die Koalition bekennt sich ausdrücklich zu einer soliden und verantwortungsbewussten Finanzpolitik unter Berücksichtigung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.

Brandenburg muss einfacher, schneller und digitaler werden. Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Selbstständige erwarten zu Recht eine effiziente Verwaltung mit digitalen, verständlichen und gut erreichbaren Angeboten. In Brandenburg sind solche Lösungen bereits vorhanden, jedoch noch nicht flächendeckend.

ENTSCHLOSSENES HANDELN FÜR STABILE LANDESFINANZEN

Wir halten am Länderfinanzausgleich in seiner Grundlogik fest und treten Versuchen entgegen, ihn zu lasten finanzschwacher Länder auszuhebeln. Wir begleiten die Debatte zur Reform und Modernisierung der Schuldenregel.

Es bedarf eines Maßnahmenpaketes zur strukturellen Verbesserung der finanziellen Situation des Landes. Dieses muss auch berücksichtigen, dass es gerade in schwierigen Zeiten eine kraftvolle politische Gestaltungsperspektive für Land und Kommunen braucht.

Die Arbeit der Koalition orientiert sich in der laufenden Wahlperiode, insbesondere an den folgenden finanzpolitischen Grundsätzen:

- Für die Aufstellung des Doppelhaushaltes 2027/2028 wird eine Orientierung an den Ansätzen (Planwerten) für das Jahr 2026 vereinbart;
- Zusätzliche Ausgaben müssen von entsprechenden Einsparungen begleitet werden, insbesondere bei strukturellen Ausgabeverpflichtungen;
- Die Kernaufgaben des Staates und der Verwaltung, insbesondere Polizei, Justiz, Bildung und Finanzverwaltung, haben Priorität;

- Die Koalition bekennt sich zu den bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Stabilisierung und Stärkung dieser Bereiche, wozu auch die vorgesehene Stellenausstattung gehört.

Andere Bereiche der weiteren und mittelbaren Landesverwaltung werden einer kritischen Überprüfung hinsichtlich Ausstattung, Effizienz und Notwendigkeit unterzogen.

Die Koalition strebt als wirksamen Konsolidierungsbeitrag das ehrgeizige Ziel an, die vom Land veranschlagten Personalausgaben schrittweise, um insgesamt fünf Prozent zu verringern. Ausgenommen von dieser Maßnahme sind lediglich die Kernbereiche der Landesverwaltung. Auch vom Land ganz oder teilweise finanzierte Personalkosten Dritter werden überprüft.

Grundsätzlich gilt, dass Verbesserungen nur noch in den Kernbereichen hoheitlichen Handelns vorgenommen werden sollen. Das Laufbahnrecht und das Zulagenwesen werden wir deutlich straffen.

Unser Ziel ist es, die Attraktivität der Bezahlung im öffentlichen Dienst dauerhaft zu sichern und die rechtlichen Vorgaben zur amtsangemessenen Besoldung zu berücksichtigen. Die Übernahme der Ergebnisse der

Tarifverhandlungen erfolgt systemgerecht unter Beachtung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts.

Die Koalition hält eine kritische Überprüfung des bestehenden Landesbeauftragtenwesens für erforderlich.

Ebenso ist es notwendig, eine kritische „Inventur“ der Förderlandschaft im Land Brandenburg mit dem Ziel der messbaren finanziellen Bereinigung durchzuführen. Die Kofinanzierung von EU- und Bundesprogrammen ist zu optimieren und kritisch zu überprüfen. Die Wirtschaftspläne des Sondervermögens Zukunftspaket Brandenburg (Landesmittel) und des Zukunftsinvestitionsfonds sind mit Aufstellung des Landeshaushalts ab 2027 grundlegend zu überarbeiten.

Die Koalition bekennt sich zu einer leistungsfähigen und bürgerfreundlich arbeitenden Finanzverwaltung. Sie wird die laufende digitale Transformation der brandenburgischen Steuerverwaltung weiter unterstützen und Steuerhinterziehung konsequent bekämpfen.

Es versteht sich, dass alle vereinbarten und erörterten Maßnahmen des Koalitionsvertrages grundsätzlich unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit stehen (Haushaltsvorbehalt). Dazu gehört auch, dass Maßnahmen, Projekte und Verpflichtungen, die in vorangegangenen Legislaturperioden unter anderen Annahmen und Rahmenbedingungen verabredet wurden, erneut auf den Prüfstand gestellt werden müssen.

Digitalprojekte werden in Brandenburg einheitlich gesteuert.



ZUKUNFTSFÄHIGE KOMMUNALFINANZEN

Die Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) ist die wichtigste Grundlage für einen fairen Interessenausgleich zwischen dem Land Brandenburg und seinen Kommunen. Die Koalition strebt eine einvernehmliche Lösung mit den Kommunen bezüglich der Verbundquote und der Vorwegabzüge an. Hinzu kommen Maßnahmen zur Verbesserung der Einsatzmöglichkeiten kommunaler Finanzen.

Der Anteil investiver Schlüsselzuweisungen soll erhöht und gleichzeitig für Erhaltungs- und Unterhaltungsmaßnahmen geöffnet werden. Die Maßnahmen werden bis 2029 befristet und danach evaluiert. Zu den Jahresabschlüssen wird es rechtzeitig einen Verfahrensvorschlag für die Ausgestaltung geben.

Es erfolgt eine Überprüfung der restriktiven Vorschriften bezüglich der Kreditaufnahme von Kommunen mit der Zielsetzung, die Handlungsmöglichkeiten für die Kommunen zu verbessern. Das kommunale Investitionsprogramm „Brandenburg-Kredit für Kommunen“ der Investitionsbank des Landes Brandenburg wird fortgeführt.

Ebenso werden wir die Gebührenordnungen des Landes überarbeiten, um den Gestaltungsspielraum der Kommunen zu erweitern. Die Koalition verfolgt das Ziel der Erhöhung der Rückgriffsquote beim Unterhaltsvorschuss. Hierzu wird ein Anreizsystem für Landkreise und kreisfreie Städte geschaffen.

DIGITALISIERUNG VORANBRINGEN – BÜROKRATIE ABBAUEN

Unser gemeinsames Ziel ist es, überflüssige Regelungen abzuschaffen, Verfahren zu entschlacken und effizienter zu machen. Dazu werden wir

- die Bund-Länder-Beschlüsse vom 4. Dezember 2025 zur Staatsmodernisierung umsetzen;
- die laufenden Prozesse zum Abbau unnötiger bürokratischer Hürden auf Landesebene konsequent fortsetzen;
- innerhalb der Landesregierung Verfahren und Arbeitsabläufe überprüfen, um weitere Erleichterungen umzusetzen;
- Förderrichtlinien standardisieren und Förderverfahren digitalisieren;
- über den Sonderausschuss Bürokratieabbau im Landtag weitere Entlastungen auf den Weg bringen;
- Regelungen abschaffen, die über EU- und/oder Bundesrecht hinausgehen;
- das europäische Recht mit dem Landesdatenschutzrecht auf eine 1:1-Umsetzung abgleichen und die Übertragung von Aufgaben des Landesdatenschutzes an den Bund prüfen.

Digitalprojekte werden künftig in Brandenburg einheitlich gesteuert. Für Rechtsetzung, Verfahren und Prozesse führen wir einen Digitalcheck ein. Die Umsetzung vieler konkreter Anwendungen erfolgt in den Kommunen. Deswegen sind eine enge Zusammenarbeit und gemeinsame Finanzierung von Vorhaben unabdingbar. Ziel ist es, mit den Kommunen ein zentrales Portfolio von Digital- und IT-Vorhaben verbindlich abzustimmen und die

Projekte von einer professionalisierten Projektebene realisieren zu lassen. Für die Kommunen soll eine Roll-In-Struktur etabliert werden, damit Tools und Projekte nach einheitlichen Standards und einheitlichem Vorgehen implementiert werden.

Unabdingbar ist eine zentrale Steuerung des Gesamtprozesses. Deswegen behalten wir die Bündelung der Zuständigkeiten und Ressourcen bei. Dazu gehört das Digitalbudget als verbindliche und langfristige Grundlage für Digital- und IT-Vorhaben.

Die Zusammenarbeit der Digitalagentur Brandenburg GmbH, dem ZIT-BB (inklusive KAZ), dem ZenIT, der TUIV AG und dem Zweckverband DIKOM wird intensiviert und bestehende Rechenzentrumsstrukturen werden konsolidiert. Die Kommunen sollen durch gemeinsame Beschaffung und Rahmenverträge unterstützt werden.

Bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) konzentrieren wir uns auf Fokusleistungen wie Wohnsitzmeldung, Elterngeld und das schnelle An- und Abmelden von Unternehmen. Zudem setzen wir Schwerpunkte auf Servicequalität und Ende-zu-Ende-Digitalisierung.

Dazu werden wir

- die Fokusleistungen des OZG schnellstmöglich bereitstellen;
- die Register modernisieren, damit Bürgerinnen und Bürger ihre Daten nur einmal an eine Behörde übermitteln müssen (Once-Only-Prinzip);
- Künstliche Intelligenz strukturiert und systematisch für die Verwaltung nutzen. Cybersicherheit und digitale Souveränität verstehen wir als strategische Zukunftsaufgaben. Deshalb setzen wir die Cybersicherheitsstrategie des Landes um, unterstützen private Investitionen, bauen eine zentrale Stelle für Cybersicherheit (beim CERT) auf, testen zeitnah das Open Source Produkt OpenDesk und begleiten die Umsetzung der deutschen Verwaltungscloud-Strategie. |

IMMER IM TEAM

WIE GESTALTEN WIR BRANDENBURG MODERN UND WELT- OFFEN – UND STÄRKEN DABEI EHRENAMT, ZUSAMMENHALT UND DIE HANDLUNGS- FÄHIGKEIT UNSERES LANDES LANGFRISTIG?

Das gesellschaftliche Klima ist spürbar rauer geworden. Extremismus in all seinen Formen – insbesondere Rechtsextremismus und Antisemitismus –, zunehmende Polarisierung, Desinformation und Verschwörungstheorien verunsichern viele Menschen und gefährden das respektvolle Zusammenleben. Wer sich ehrenamtlich engagiert, im Einsatzdienst steht oder kommunalpolitisch Verantwortung übernimmt, sieht sich immer häufiger Anfeindungen und Bedrohungen ausgesetzt. Die klare Erwartung der Bürgerinnen und Bürger an den Staat ist, dass solche Entwicklungen weder hingenommen noch verharmlost werden, sondern dass Betroffene wirksam geschützt werden und Recht konsequent durchgesetzt wird.

Uns ist bewusst, wie unverzichtbar ehrenamtliches Engagement im Land Brandenburg ist. Ehrenamt steht für gelebten gesellschaftlichen Zusammenhalt – getragen von Menschen, die ihre Zeit und Kraft einsetzen und Verantwortung für andere

übernehmen. Sie erwarten zu Recht verlässliche Unterstützung, Wertschätzung und spürbare Entlastungen im Alltag.

Für eine informierte Meinungsbildung sind verlässliche Informationen von zentraler Bedeutung. Unabhängiger Journalismus ist ein Grundpfeiler der Demokratie. Vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk erwarten die Menschen Ausgewogenheit, Transparenz und stabile Beiträge.

Europa ist ein Garant für Frieden, Freiheit und Wohlstand. Allerdings wird Europa von vielen Bürgerinnen und Bürgern oft als fern und kompliziert wahrgenommen. Häufig verbinden sie die Europäische Union vor allem mit Bürokratie, Regulierungen und Vorgaben – weniger mit konkretem Nutzen für ihren Alltag. Hier wächst der Wunsch nach mehr Verständlichkeit, Bürgernähe und nachvollziehbaren Entscheidungen.

2

DEMOKRATIE STÄRKEN UND EHRENAMT SCHÜTZEN

Brandenburg bleibt ein Land, in dem Respekt und Rechtsstaatlichkeit den Ton setzen, das von der Stärke und Vielfalt seiner unterschiedlichen Regionen lebt. Unsere Demokratie ist wehrhaft und alltagsnah. Bedrohungen und Hass werden konsequent verfolgt, Extremismus jeder Art wird konsequent bekämpft. Wir werden nicht zulassen, dass sich in unserem demokratischen Rechtsstaat durch Manipulation, Unterwanderung und Ideologisierung extremistische Strukturen und Bedrohungen bilden.

Brandenburg ist Heimat für Jüdinnen und Juden. Davon zeugen die Synagogen und jüdischen Gemeindehäuser sowie das Synagogenzentrum in Potsdam. Jüdisches Leben gehört sichtbar in unsere Mitte und muss konsequent gegen jegliche Form von Antisemitismus und Anfeindung geschützt werden.

Für eine Politik, die Sicherheit, Vertrauen und gesellschaftliches Miteinander in den Mittelpunkt stellt, setzen wir auf

- die Fortführung des Beratungsnetzwerks gegen Extremismus und der regionalen Partnerschaften für Demokratie;
- eine zielgruppen- und wirkungsorientierte Weiterentwicklung des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ mit klaren Zielen, regelmäßiger Evaluation und Schwerpunktsetzung, um die vorhandenen Ressourcen stärker zu bündeln;
- konsequente Bekämpfung von Extremismus, Antisemitismus und Hasskriminalität sowie von Bedro-

hungen und Übergriffen gegen Ehrenamtliche, Einsatzkräfte in Polizei und Justiz sowie Mandatsträgerinnen und Mandatsträger;

- einen neuen Staatsvertrag mit dem Jüdischen Landesverband.

Weil das ehrenamtliche Engagement unverzichtbar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist, werden wir

- das Ehrenamt mit allen Ressorts der Landesregierung verlässlich unterstützen;
- bestehende Beratungs-, Unterstützungs- und Schutzangebote bündeln und die Kooperation verbessern;
- das Landesnetzwerk für bürgerschaftliches Engagement sowie die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen festigen;
- ehrenamtliche Tätigkeit durch digitale Standardverfahren, einfachere Förderung und pauschalierte Nachweise von Bürokratie entlasten;
- die Lottomittel-Förderung stärker auf das Ehrenamt ausrichten;
- Anerkennung sichtbar ausgestalten und die Ehrenamtskarte weiterentwickeln.

MEDIENLANDSCHAFT FÖRDERN UND REGIONALE BERICHTERSTATTUNG AUSBAUEN

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird weiter reformiert, effizienter und klarer im Auftrag. Beiträge sollen stabil bleiben und nachvollziehbar sein. Auch die lokalen und regionalen privaten Medien sind für unabhängige Information und Meinungsbildung wichtig. Für die Stärkung der Medienvielfalt und der regionalen Berichterstattung braucht es

- weitere Struktur-, Verwaltungs- und

Technikreformen, mehr Kooperationen und weniger Doppelstrukturen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk;

- Konzentration auf die Kernaufträge Information, Bildung und Kultur;
- mehr Brandenburg im rbb;
- Digitalisierung, die Einhaltung journalistischer Standards sowie die Förderung von Lokaljournalismus durch eine gestärkte Medienanstalt Berlin-Brandenburg.

Den notwendigen Reformprozess für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk werden wir zudem mit einem Bürgerbeteiligungsformat („Bürgerrat“), das beim Landtag angesiedelt ist, flankieren.

EUROPÄISCHE ZUSAMMENARBEIT VERTIEFEN – NACHBARSCHAFT ZU POLEN AUSBAUEN

Wir werden die Europapolitik strategisch ausrichten. Brandenburg positioniert sich als aktiver Mitgestalter europäischer Zukunftspolitik und nutzt EU-Fördermittel sichtbar. Die Koalition bekennt sich ausdrücklich zu einem starken Europa und einer handlungsfähigen Europäischen Union, die Chancen bietet, Zusammenhalt fördert und die Lebensqualität in allen Regionen verbessert. Dabei liegt ein besonderes Augenmerk auf der über viele Jahre gewachsenen engen Kooperation und Freundschaft mit Polen. Wir setzen uns für ein pragmatisches, bürgernahes Europa ein, das sich auf das Wesentliche konzentriert. Wir

- suchen den Schulterchluss der ostdeutschen Länder für gemeinsame Positionen zur EU-Förder-

politik, zum Strukturwandel sowie zu Energie, Innovation und Landwirtschaft;

- setzen auf ein gemeinsames Vorgehen mit Berlin für die Entwicklung der gemeinsamen Metropolregion;
- erarbeiten eine neue Europastrategie, verankern diese ressortübergreifend und entwickeln die Landesvertretung in Brüssel strategisch zu einem Dienstleister für Brandenburg weiter;
- wollen Mobilität im Herzen Europas durch grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte umsetzen, beispielsweise durch den zweigleisigen Ausbau der Ostbahn durch den Bund;
- vertiefen die grenz- und länderübergreifende Zusammenarbeit mit Polen und bauen die Partnerschaften mit den baltischen und skandinavischen Staaten aus.

OSTDEUTSCHLAND SICHTBARER MACHEN

Ostdeutschland hat seit der Einheit enorme Fortschritte erreicht. Zugleich prägen Transformationsbrüche bis heute Lebensläufe, Chancen und Vertrauen in staatliches Handeln. Viele Menschen in Ostdeutschland haben Umbrüche durchlebt, Sicherheiten verloren und sich neu orientieren müssen – oft ohne die gebotene Anerkennung. Wir setzen uns dafür ein, dass die immer noch spürbaren Unterschiede zu westdeutschen Bundesländern weiter abgebaut werden. Wir wollen, dass die ostdeutsche Perspektive in Führungspositionen sowie in der Wissenschaft und in den Bundesinstitutionen angemessen vertreten ist. |

IMMER POWER

WIE SICHERN WIR WOHLSTAND UND GUTE ARBEIT IN BRANDENBURG UND STÄRKEN REGIONALE WERTSCHÖPFUNG VON LANDWIRTSCHAFT BIS INDUSTRIE IM KOMMENDEN JAHRZEHNT?

3

Brandenburg hat sich seit der Neugründung 1990 und insbesondere in den letzten Jahren wirtschaftlich sehr gut entwickelt. Doch strukturelle Veränderungen wie die demografische Entwicklung, die Transformation der Wirtschaft und die Energiewende sind auch in Brandenburg deutlich spürbar. Viele Menschen fühlen die dadurch entstehende Unsicherheit. Unternehmen und Beschäftigte erwarten, dass die Wirtschaft unterstützt und Entscheidungen zügig getroffen werden, damit Investitionen ermöglicht und gute Arbeitsplätze erhalten oder geschaffen werden.

Im ländlichen Raum ist die Land- und Ernährungswirtschaft für viele Menschen zugleich Arbeitsplatz, Identität und Grundlage regionaler Versorgung. Der Klimawandel verschärft vor allem beim Wasser die Nutzungskonflikte. Landwirte, Waldbesitzer und Lebensmittelverarbeitende Betriebe erwarten praxistaugliche Regeln. Viele Bürgerinnen und Bürger wünschen sich den Schutz der Natur, mehr regionale Produkte und Wertschöpfung, die im Land bleibt.

Wer gründen, einen Betrieb übernehmen oder weiterentwickeln will, erwartet Unterstützung statt Formulare. Gleichzeitig gibt es die berechtigte Erwartung, dass große Industriestandorte eine Perspektive haben und Strukturwandel im ländlichen Raum sichtbar neue Arbeit schafft.

INDUSTRIE – RÜCKGRAT UNSERER WIRTSCHAFT

Wir setzen auf den Erhalt und die konsequente Modernisierung bestehender Unternehmen und die Ansiedlung neuer Industriebetriebe. Wir werden die Industrie mit der „Industriestrategie Brandenburg“ bei ihren großen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Herausforderungen unterstützen und mit dem „Bündnis für Industrie“ ein regelmäßiges Dialogformat schaffen.

Die Koalition

- begleitet intensiv den Erhalt und die Weiterentwicklung der PCK-Raffinerie in Schwedt/Oder;
- unterstützt die Stahlproduktion in Eisenhüttenstadt, Hennigsdorf

- und Brandenburg an der Havel bei neuen, zukunftsfähigen Technologien;
- steht für verbesserte wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen;
 - setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass Investitionen der Unternehmen in die Transformation direkt aus den Einnahmen der CO₂-Bepreisung finanziert werden;
 - wird die Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg weiterentwickeln und die Zusammenarbeit in Forschung, Entwicklung und Industriebereichen gezielt vorantreiben;
 - wird das Außenwirtschaftskonzept in Abstimmung mit den Kammern und weiteren Partnern aktualisieren und internationale wirtschaftliche Kooperationen weiter ausbauen;
 - wird die Ansiedlung von Unternehmen der Verteidigungsindustrie aktiv begleiten;
 - wird die heimischen Rohstoffe und deren Potenziale konsequent nutzen.

Für Ansiedlungen brauchen wir bebaubare Flächen. Wir unterstützen die Kommunen bei der Schaffung von Planungsrecht, insbesondere für strukturpolitisch bedeutsame Vorhaben.

Zur Gewährleistung einer leistungsfähigen Breitband- und Mobilfunkversorgung ist der weitere Ausbau von Glasfaser- und Mobilfunknetzen unabdingbar.

Die Lausitz soll industrielles Zentrum Ostdeutschlands und Garant für eine sichere sowie wirtschaftliche Energieversorgung bleiben.

An den getroffenen Vereinbarungen zum Kohleausstieg halten wir fest.

Wir werden

- die Chancen, die das Strukturstärkungsgesetz für die Kohleregionen bietet – für neue Ansiedlungen, bessere Infrastruktur und eine enge Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft – nutzen;
- den Ausbau der Batterieproduktion unterstützen;
- die Lausitz als Europas erstes „Net-Zero Valley“ entwickeln;
- die Beseitigung der ökologischen Altlasten des Braunkohlenbergbaus durch die Fortführung des Bund-Länder-Verwaltungsabkommens für die Braunkohlesanierung voranbringen.

Die ILA ist ein internationales Schaufenster der Luft- und Raumfahrtindustrie. Wir stellen daher die landesseitige Finanzierung sicher.

ENERGIELAND BRANDENBURG

Wir setzen die Energiestrategie 2040 des Landes um. Brandenburg verfügt durch den hohen Anteil von Wind- und Solarenergie über einen wichtigen Standortvorteil. Diesen wollen wir für die Brandenburger Wirtschaft nutzen. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien soll

- in Zukunft mehr im Einklang mit dem Ausbau von Netzen und Speicherkapazitäten stehen;
- das Ziel verfolgen, eine resiliente Stromversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen zu sichern;
- eine faire Verteilung der Netzentgelte und eine Absenkung der Redispatch-Kosten beinhalten;
- perspektivisch starre Flächenvorgaben durch leistungsorientierte Ausbauvorgaben ersetzen;

- die Möglichkeit eröffnen, in Brandenburg erzeugten Strom möglichst vor Ort zu günstigen Bedingungen nutzen und speichern zu können;
- den stärkeren Ausbau von Agri-PV, Parkplatz-PV und Floating-PV beinhalten.

Für künftige Erzeugungskapazitäten, vor allem durch Gaskraftwerke, benötigen wir auf Bundesebene schnellstmöglich einen verlässlichen Investitionsrahmen, der für unsere Kraftwerkstandorte faire Investitionschancen sicherstellt.

KLIMASCHUTZ UND KLIMANEUTRALE WIRTSCHAFT

Wir setzen den Klimaplan um. Dabei tragen auch die Kommunen eine zentrale Verantwortung. Wir unterstützen sie bei der Erarbeitung von Klimaschutzkonzepten sowie bei der Einführung von Energiemanagementsystemen. Zu allen Fragen der erneuerbaren Energien und des klimaneutralen Umbaus stellen wir den Kommunen und Unternehmen die Energie- und Klimaagentur Brandenburg zur Seite.

Der Weg zur Klimaneutralität erfordert einen schrittweisen und sozial ausgewogenen Umbau der Wärmeversorgung. Dazu werden wir

- den Ausbau und die nachhaltige Nutzung von Biomethan sowie biogenen Brennstoffen voranbringen;
- die Rahmenbedingungen für den Einsatz von Geothermie verbessern und bürokratische Hürden bei der Antragsstellung und Nutzung von Geothermie abbauen.

Wasserstoff spielt eine Schlüsselrolle für den Wandel hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft und ist ein entscheidender Baustein auf dem Weg zur Klimaneutralität in Brandenburg. Den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft unterstützen wir

- durch den Ausbau des Wasserstoffkernnetzes;
- durch die Förderung von Pilotprojekten und dem Ausbau des Wasserstoff-Marktplatzes;
- durch die Prüfung des Baus von Wasserstoffspeichern.

Einige Industriezweige sind in ihren Produktionsprozessen weiterhin auf Verfahren angewiesen, bei denen unvermeidbar CO₂ entsteht. Diesen Unternehmen helfen wir dabei, tragfähige Lösungen auf dem Weg zur Klimaneutralität umzusetzen. Wir unterstützen den Einsatz von CCU- und CCS-Technologien, um industrielle Wertschöpfung zu sichern.

Wir begleiten die Kommunen dabei, gemeinsam mit den regionalen Energieversorgern bedarfsgerechte Konzepte zum Ausbau der Elektroladeinfrastruktur mit Fokus auf Mehrfamilien-Wohnkomplexe zu entwickeln und umzusetzen. Des Weiteren streben wir an, dass Brandenburg eine Modellregion für autonomes Fahren wird.

HANDWERK – GRUNDPFEILER DER BRANDENBURGISCHEN WIRTSCHAFT

Neben der mittelstandsfreundlichen Ausgestaltung von Förderprogrammen werden wir

- die überbetriebliche Lehrlingsun-

- terweisung dauerhaft sichern und die erforderlichen Haushaltsmittel langfristig einplanen;
- die Entlastungswirkung für die Betriebe mindestens auf bisherigem Niveau erhalten;
- gezielt in die technische Ausstattung investieren.

Das duale System der beruflichen Bildung stärken wir als wesentliche Grundlage zur Deckung des Fachkräftebedarfs und als Einstieg in die qualifizierte Erwerbstätigkeit. Berufliche und akademische Bildung behandeln wir bei allen Maßnahmen gleichwertig. Dem Meisterabschluss kommt im Handwerk eine besondere fachliche und gesellschaftliche Bedeutung zu. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, die Kosten der Meisterausbildung abzuschaffen. Die Meistergründungsprämie als bewährtes Instrument zur Förderung von Unternehmensgründungen und -übernahmen im Handwerk führen wir fort und vereinfachen ihre Abrechnung. Darüber hinaus werden wir erfolgreiche Meisterabschlüsse mit einem Meisterbonus honorieren.

UNTERNEHMER- UND GRÜNDERGEIST WECKEN

Wir wollen junge Menschen für das Unternehmertum begeistern und ihnen schon in den Schulen vermitteln, wie Existenzgründungen in Brandenburg erfolgreich sein können. Dazu bauen wir die Partnerschaften zwischen Schule und Handwerk aus. Wir werden

- die Praktikumsplattform der Handwerkskammern stärken;
- eine Praktikumsoffensive mit den

- Sozialpartnern und Kammern starten;
- die Gründungsförderstrategie weiter umsetzen und mit bestehenden Initiativen verzahnen;
- den Weg in die Selbstständigkeit für Existenzgründer und Start-ups mit dem neuen „Gründungsturbo“ beschleunigen;
- digitale Gewerbeanmeldungen unkompliziert abwickeln;
- die sechs vom Land geförderten Start-up-Zentren in Brandenburg weiter unterstützen;
- bestehende Initiativen zur Unternehmensnachfolge besser vernetzen;

Brandenburg in enger Abstimmung mit Berlin als internationalen Standort für DeepTech-Innovation positionieren, indem wir unsere Wissenschaftsparks und deren Management stärken.

ARBEITSMARKT MIT GUTEN PERSPEKTIVEN

Brandenburg war mit seinem Vergabemindestlohn bundesweit Vorreiter. Die Schutzwirkung dieses Instruments hat sich jedoch mit der dynamischen Entwicklung des bundesweiten Mindestlohns strukturell verändert. Der Vergabemindestlohn kann deshalb entfallen und das Vergabegesetz aufgehoben werden.

Anstelle des Vergabemindestlohns führen wir eine Tariftreueregelung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Landes unter Berücksichtigung des Berliner Modells und des gemeinsamen Tarifregisters ein.

Zudem eröffnen wir den Kommunen die Möglichkeit, die Landesregelung

bei der Vergabe öffentlicher Aufträge anzuwenden. Hierzu stellen wir eine Mustersatzung zur Verfügung, die eine rechtssichere Übernahme ermöglicht. Darüber hinaus wird das Land ein Modellprojekt starten, um die Tariftreueregelung auf der kommunalen Ebene zu erproben.

Für die Gestaltung einer zukunftsfähigen Arbeitswelt braucht es sozialpartnerschaftliche Lösungen. Gewerkschaften und Betriebsräte sind dabei zentrale Partner.

Ziel ist es, gute Arbeit im Land Brandenburg zu stärken und weiterzuentwickeln. Für die Gewinnung internationaler Fachkräfte schnüren wir ein Gesamtpaket für eine schnelle und unbürokratische Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse. Geflüchtete und Zugewanderte wollen wir konsequent und frühzeitig in den Arbeitsmarkt integrieren. Zur Stärkung der Erwerbsmigration unterstützen wir auf Bundesebene die Einrichtung einer „Work-and-Stay-Agentur“. Arbeitsgenehmigungen sollen schneller erteilt und Anerkennungsverfahren weiter beschleunigt werden.

Wir setzen uns auf Bundesebene für eine spürbare Entlastung von Gering- und Normalverdienern bei Steuern und Abgaben ein und wollen zusätzliche Arbeit, Überstunden sowie das Weiterarbeiten im Rentenalter steuerlich besser honorieren. Auch wenn der Entgeltunterschied zwischen Frauen und Männern in Brandenburg im Bundesvergleich sehr gering ausfällt, bleibt die vollständige Beseitigung ein zentrales Ziel.

- Wir befürworten ausdrücklich, dass
- junge Menschen unter 25 Jahren im Bürgergeldbezug dazu verpflichtet werden, verbindlich an einem individuellen Bildungs- oder Qualifizierungsplan teilzunehmen, dessen Ziel der Erwerb eines Schul- oder Berufsabschlusses ist;
 - die von der Bundesregierung im laufenden SGB II-Gesetzgebungsverfahren vorgesehenen Änderungen umgesetzt werden;
 - die Vermittlung in Arbeit oder Ausbildung Vorrang vor den Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts hat;
 - die Jobcenter ihre Arbeit konsequent auf Ausbildung und Qualifizierung ausrichten;
 - vorgesehene Leistungsminderungen konsequent umgesetzt werden, wenn zumutbare Bildungs- oder Arbeitsangebote abgelehnt werden.

Brandenburg soll weiterhin ein attraktiver Ausbildungs- und Arbeitsstandort bleiben. Dafür setzen wir unsere Fach- und Arbeitskräftestrategie weiter um, stärken Ausbildungsstandorte mit attraktiven Wohnangeboten und bauen Plätze in Azubi-Wohnheimen aus. Wir führen das Azubi-Ticket fort.

Brandenburg soll weiterhin ein attraktiver Ausbildungs- und Arbeitsstandort bleiben.



TOURISMUS UND MEDIEN- STANDORT BRANDENBURG ALS WIRTSCHAFTSFAKTOREN

Gemeinsam mit den Verbänden und Unternehmen werden wir Brandenburg als wachsende Tourismusregion weiter ausbauen. Wir

- fördern den Ausbau touristischer Wasserstraßen, einschließlich der notwendigen Infrastruktur im Rahmen einer mit dem Bund abgestimmten Gesamtstrategie;
- beabsichtigen, Dorfkerne und Landgasthöfe gezielt zu unterstützen, damit sie auch künftig als soziale, kulturelle und wirtschaftliche Anker eine zentrale Bedeutung für die ländlichen Räume entfalten.

Wir werden den Film- und Medienstandort Babelsberg sichern und weiterentwickeln sowie die digitale Filmförderung als auch die Förderung des Medienboards verstetigen. Games-Producing soll als strategische Zukunftsbranche für Brandenburg etabliert werden.

Wir werden Brandenburg als wachsende Tourismus- region weiter ausbauen.



LAND- UND ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT – KONVENTIONELL UND ÖKOLOGISCH

Die Ausrichtung des mittelfristigen Finanzrahmens (MFR) und der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2028 ist für die Entwicklung unseres Landes richtungsweisend. Wir fordern faire Wettbewerbsbedingungen für die ostdeutsche Agrarwirtschaft und lehnen Kappung und Degression entschieden ab. Kernpunkte unserer Regierungsarbeit sind die

- Ausrichtung der Fördermittel auf Investitionen und Innovationen;
- Sicherung von Arbeitskräften und die Verankerung der (Weiter-)Bildung in den grünen Berufen als Zukunftsaufgabe unter anderem durch AGRARaktiv und LANDaktiv;
- Öffnung der Junglandwirteförderung für alle Betriebsformen;
- Entwicklung der Brandenburger Bioökonomie mit ihren Wertschöpfungsketten;
- Erarbeitung einer marktorientierten Nutztierstrategie;
- dauerhafte Förderung von Pferdezucht, Pferdesport und Pferdefreizeitangeboten;
- Sicherung von zukunftsfesten acker- und gartenbaulichen Erträgen mit einer Neuausrichtung des Düngerechtes, des Pflanzenschutzes und der Pflanzenzüchtung.

Weiterhin werden wir

- die Brandenburg-Halle auf der Grünen Woche als nationale Plattform stärken;
- die Brandenburgische Landwirtschaftsausstellung (BraLa) als Nahtstelle zwischen Land- und Ernährungswirtschaft neu beleben;

- mit dem Regionalmarketing die konsequente Verstetigung und Vernetzung mit Verbraucherinnen und Verbrauchern fördern;
- bei landeseigenen Veranstaltungen konsequent regionale Warenangebote verwenden;
- zur Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten im Verbund Brandenburg/Berlin eine Aktivstrategie zur weiteren Ansiedlung deutscher und internationaler Unternehmen im Land Brandenburg verfolgen.

WASSER – BEDEUTENDER ROHSTOFF DER ZUKUNFT

Wir werden das Wassergesetz novellieren, verhandeln eine länderübergreifende Wasserstrategie mit Berlin und sehen die gemeinsame Wasserbewirtschaftung mit Sachsen als überragende Aufgabe, um insbesondere den Lausitzer Wasserhaushalt zu stabilisieren. Den „Strategischen Gesamtplan Spree“ setzen wir um und entwickeln ihn weiter. Den Hochwasserschutz treiben wir konsequent voran und werden zur Umsetzung des Landesniedrigwasserkonzeptes

- auf ein nachhaltiges Moorbodenmanagement setzen;
- auf nationaler und internationaler Ebene nach Kooperationen zur Umsetzung und wirtschaftlichen Nutzung von Innovationen suchen;
- bei Fördermaßnahmen durch die Stiftung Naturschutzfonds speziell Maßnahmen zum Wasserrückhalt und zur Gewässerentwicklung in den Mittelpunkt rücken.

Wir werden den rechtlichen Rahmen so anpassen, dass Mittel aus den Ausgleichs- und Ersatzzahlungen unter anderem zur langfristigen finanziellen Absicherung des Vertragsnaturschutzes eingesetzt werden können.

NACHHALTIGE WALD- UND FORSTWIRTSCHAFT, NATURSCHUTZ UND WILDTIER-MANAGEMENT

Unsere Wälder erfüllen vielfältige Funktionen für die Umwelt, die Wirtschaft und die Gesellschaft und stellen zugleich den nachwachsenden Rohstoff Holz bereit.

Die nachhaltige Gestaltung der Forstwirtschaft und des Waldes wird durch die Unterstützung des Landesforstbetriebs und der Forstbetriebsgemeinschaften zur Waldentwicklung und zum Schutz von Infrastruktur sowie durch die zusätzliche Stabilisierung der Waldbauernschule maßgeblich vorangebracht.

In Brandenburg wurden in den 1990er Jahren bereits große Naturschutzreservate und Landschaftsschutzareale ausgewiesen und stetig weiterentwickelt. Den Belangen des Naturflächenschutzes und der Entwicklungsplanungen wachsender Gemeinden und Städte wollen wir durch die Anpassung von Landschaftsschutzgebietsverordnungen besser gerecht werden. Zudem werden wir Maßnahmen im Arten- und Biotopschutz gemeinsam mit den Landnutzern und Kommunen umsetzen. Unser Ziel ist die Anpassung

der Naturflächenbedarfsgesetze und der Verzicht auf die Erweiterung von Landschaftsschutzgebieten. Zudem werden wir

- auf Antrag die Übertragung von Regelungskompetenzen der Landschaftsschutzgebietsverordnung auf die Kreisebene prüfen;
- die Biosphärenreservatsverordnungen evaluieren und anpassen;
- die Anpassungen des Umweltverbandsklagerechts auf Bundesebene unterstützen;
- die unterschiedlichen Ansprüche bei Wildnis-, Wildtiermanagement und Jagd zwischen den bestehenden Interessengruppen verträglich ausbalancieren;
- Teichwirtschaften und die Angelwirtschaft gezielt fördern, um regionale Wertschöpfung, Naturnähe und ländliche Strukturen zu sichern.

Wir bekennen uns zu den Verpflichtungen aus bestehenden Altlasten-Haftungsfreistellungen und entlasten gemeinsam mit dem Bund Unternehmen von Kosten für die Sanierung vereinigungsbedingter ökologischer Altlasten.

WIRKSAMER VERBRAUCHER-SCHUTZ, STARKER TIERSCHUTZ

Wir setzen die verbraucherpolitische Strategie weiter um und entwickeln sie fort. Mit geeigneten Maßnahmen stabilisieren wir die Bürgerberatung, beispielsweise durch die weiterhin verlässliche Förderung der Verbraucherzentrale Brandenburg e. V. Darüber hinaus

- stärken wir den Tierschutz und dessen Vollzug, indem wir die Tierschutzstruktureinheiten der Obersten Landesverwaltung bedarfsgerecht neu ordnen und die bestehenden Förderprogramme für Tierschutzvereine verstetigen;
- richten wir den Fokus weiterhin auf die Stärkung der Krisenresilienz, insbesondere im Bereich der Tierseuchen. |

IMMER SCHLAUER

WIE ERÖFFNEN WIR KINDERN, JUGENDLICHEN UND ERWACHSENEN IN BRANDENBURG VERLÄSSLICHE ZUKUNFTSCHANCEN UND MACHEN WISSENSCHAFT, KULTUR UND INNOVATION ZUR STÄRKE DES LANDES?

4

Bildung ist das Fundament für gesellschaftliche und berufliche Teilhabe, für Fortschritt und persönliche Freiheit. Deshalb ist lebenslanges Lernen von der Kita bis ins Erwachsenenalter von zentraler Bedeutung. Die Menschen in Brandenburg wünschen sich ein Bildungssystem, das Vertrauen schafft, Qualität sichert und faire Chancen für alle eröffnet. Sie erwarten verlässliche Betreuung und gute Bildung von Anfang an. Viele Familien erleben jedoch, dass der Alltag in Kitas und Schulen an Grenzen stößt. Lehrkräftemangel, wachsende organisatorische Belastungen und unterschiedliche Voraussetzungen prägen vielerorts den Schulalltag. Übergänge von der Schule in Ausbildung, Studium oder Beruf werden als ausbaufähig wahrgenommen.

Studierende, Auszubildende und junge Fachkräfte brauchen bezahlbaren Wohnraum, gute Lernbedingungen und echte Zukunftsperspektiven im Land. Forschungseinrichtungen er-

warten eine innovationsfreundliche Politik. Kulturelle Bildung, Sport, Vereinsleben und Jugendangebote sind für uns Brandenburgerinnen und Brandenburger kein Beiwerk, sondern selbstverständlicher Bestandteil gelingender Bildungsbiografien und lebendiger Regionen. Vor diesem Hintergrund begreifen wir es als gemeinsame Aufgabe, die gesamte Bildungs- und Entwicklungsbiografie von der Kita über Schule, berufliche Bildung und Hochschule bis zur Weiterbildung im Erwachsenenalter zu verbessern. Wir wollen Brandenburg zu einem Bildungsland entwickeln, das erfolgreiche Lernprozesse in den Mittelpunkt stellt und die besten Zukunftsperspektiven für junge Menschen ermöglicht.

VERLÄSSLICHE FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Für eine verlässliche und hochwertige frühkindliche Bildung wollen wir

unsere hervorragend ausgebildeten Erzieherinnen und Erzieher in der Brandenburger Bildungslandschaft halten.

Zudem werden wir

- an der geplanten Neuordnung der Kita-Finanzierung festhalten;
- das Kindertagespflegegesetz evaluieren;
- ab 2027 eine Fortbildungsinitiative für Erzieherinnen und Erzieher auf den Weg bringen;
- Bewegungsförderung noch stärker in der Erzieherausbildung berücksichtigen;
- den Datenaustausch zwischen Kita, Schule und Hort zur pädagogischen Förderung ermöglichen.

Wir ziehen die evidenzbasierte Sprachstandserhebung um ein Jahr in das 5. Lebensjahr vor und koppeln sie konsequent an notwendige Fördermaßnahmen für Kinder mit festgestelltem Förderbedarf.

GUTE BILDUNG – GUTE CHANCEN

Damit aus Potenzialen Chancen und aus Chancen beruflicher Erfolg sowie wirtschaftliche Stärke werden, wollen wir das Bildungssystem gemeinsam weiterentwickeln und dafür notwendige zukunftsorientierte Veränderungen auf den Weg bringen.

Wir werden in Fortentwicklung des Schulkongresses einen Strategie- und Beteiligungsprozess „Bildungsland Brandenburg 2035“ starten, der die strategische Ausrichtung der Schulen im Land zum Ziel hat.

Aus den gemeinsamen Rahmenlehr-

plänen mit Berlin steigen wir aus und führen schrittweise verbindliche Lehrpläne für alle Fächer und alle Jahrgänge ein, die sich an den nationalen Bildungsstandards orientieren.

Wir fördern die Basiskompetenzen

- Lesen, Schreiben und Rechnen durch ein verpflichtendes Lese- und Rechenband an allen Grundschulen;
- durch eine zusätzliche Stunde Deutsch in der Grundschule;
- durch die Ausweitung der Schreib- und Lesepraxis in allen Fächern;
- mit einer erneuten Überprüfung der Sprachentwicklung in Klasse 1.

Um die Sprachentwicklung in den ersten Schuljahren zu festigen, setzen wir in den Klassen 1 bis 4 vorrangig auf analoge Lernmedien in altersgerechter Verbindung mit digitalen Materialien. Lernen mit und über digitale Medien bleibt ein fester Bestandteil des Lehrplans in Brandenburg. Die Medienkompetenz und auch der verantwortungsvolle Umgang mit Künstlicher Intelligenz werden gestärkt. Den pädagogisch sinnvollen Einsatz digitaler Lernanwendungen werden wir weiter unterstützen und durch landesweite Empfehlungen sowie kontinuierliche Fortbildungen für Lehrkräfte begleiten.

Die schulische Leistungsbewertung überprüfen wir und entwickeln sie weiter. Ab Klasse 7 werden regelmäßige digitale Evaluationen als Instrument der Qualitätsentwicklung für Schulleitungen eingeführt.

Dabei werden die Schülerinnen und Schüler auch zu ihrer Wahrnehmung

der demokratischen Schulkultur und ihrer Zufriedenheit mit dem Schulklima befragt.

Wir entbürokratisieren und entlasten Lehrkräfte durch

- die Implementierung digitaler Prozesse;
- die Einführung digitaler Steuerungstools bei Verwaltungs- und Organisationsaufgaben;
- eine verwaltungsarme Umsetzung des Digitalpakt 2.0.

Gleichzeitig stellen wir sicher, dass die Potenziale des Startchancenprogramms wirksam ausgeschöpft werden. An allen Startchancenschulen führen wir Schülerhaushalte ein.

Alle Regelungen zu Anrechnungstunden und Entlastungstunden werden mit dem Ziel überprüft, eine bessere Handhabbarkeit zu erreichen und den aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden.

Wir bekennen uns zu einer inklusiven Bildung, gleichberechtigter Teilhabe und fairen Bildungschancen.

Wir ermöglichen allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihren individuellen Voraussetzungen bestmögliche Förderung durch Angebote für eine starke Inklusion, Deutsch als Zweitsprache und Begabtenförderung. Wir stärken die Schulen durch eine Erhöhung der Stundenzuweisungen und stellen sicher, dass es zu keiner weiteren Verschlechterung der Schüler-Lehrer-Relation kommt.

Dafür werden wir 250 Stellen zusätzlich bereitstellen.

250 zusätzliche Lehrkräfte



Darüber hinaus ist es unser Ziel, ergänzende und gut erreichbare Angebote für Schülerinnen und Schüler mit schwersten Fällen von emotionalem und sozialem Förderbedarf, insbesondere auch in den ländlichen Räumen, zu schaffen.

Das erfolgreiche Programm der studentischen Lehr-Lernassistenzen verstetigen wir. Studierende können so frühzeitig an den Lehrerberuf als zukünftige Fachkräfte herangeführt werden. Das Schulbudget soll von den Schulen als wirksames Instrument weiter genutzt werden können.

Wir werden eine Organisationsuntersuchung zur Struktur und Arbeitsweise der Schulämter mit dem Ziel durchführen, Abläufe weiter zu verbessern und effizienter zu machen.

Wir werden

- die Schulvisitation von einem Instrument der Schulaufsicht zu einer Beratungs- und Begleitstruktur umbauen;
- das Landesinstitut Brandenburg für Schule und Lehrkräftebildung als Qualitätsgarant für eine hochwertige Schul- und Unterrichtsentwicklung ausbauen;
- pädagogische Team-Coachings für gezielte Schulentwicklung imple-

mentieren. Wir begleiten die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung und erproben dabei im Rahmen eines Modellprojekts auch die Weiterentwicklung hin zu einer echten Ganztagsgrundschule. Dazu braucht es auch eine Lösung für die Essengeldregelung, die im Zuge der Neuordnung der Kita-Finanzierung gefunden werden soll. Ober- und Gesamtschulen werden gezielt gestärkt, insbesondere durch das Landesprogramm „Duales Lernen“ sowie durch eine Flexibilisierung der Stundentafel, um praxisnahe Bildungswege und individuelle Förderung besser zu ermöglichen.

Wir unterstützen die Einführung einer einheitlichen Bildungs-ID als durchgängiges Bildungsregister.

Zur Sicherung von Schulstandorten im ländlichen Raum werden auch Filiallösungen und Schulzentren ab Jahrgangsstufe 1 weiterentwickelt und ein tragfähiges Konzept für die Zeit ab 2030 erarbeitet. Das Brandenburg-Stipendium für Landlehrerinnen und Landlehrer wird verstetigt. Außerdem sollen Anwärtersonderzuschläge Referendarinnen und Referendare an Bedarfsschulen binden. Freie Schulen sind ein wichtiger Bestandteil der Brandenburger Bildungslandschaft. Wir werden sie nicht schlechter stellen

und stärken ihre Einbindung in relevante Beratungs- und Beteiligungsgremien. Ergänzend wird die landesweite Zugänglichkeit sowie die digitale Bildungsinfrastruktur der Landeszentrale für politische Bildung verbessert.

Wir wollen

- die kulturelle Bildung durch Kooperation mit außerschulischen Lernpartnern ausbauen;
- den Anteil der teilnehmenden Schulen am Projekt „Feuerwehr macht Schule“ erhöhen;
- die Schülerbesuchszahlen der Brandenburger Gedenkstätten erhöhen;
- die Idee des Landeschülerrates für ein flächendeckendes, niedrigschwelliges digitales Hilfesystem für Schülerinnen und Schüler mit psychologischem Beratungsbedarf unterstützen;
- eine Schulungskampagne für Schulaufsicht und Schulleitungen initiieren, um den wachsenden Herausforderungen durch politischen und religiösen Extremismus zu begegnen.

Die Berufsorientierung in der Sekundarstufe I und II wird weiterentwickelt. Hierzu gehören die Einführung einer landesweiten Praktikumsplattform sowie bedarfsgerechte Angebote der Studien- und Berufsorientierung in der Sekundarstufe II. Zugleich werden an den Berufsschulen eine zeitgemäße Infrastruktur und qualifiziertes Lehrpersonal gesichert, alle Wege der Fachkräftegewinnung genutzt, der Distanzunterricht weiterentwickelt und die Berufsschulstandorte erhalten.

Weiterentwicklung hin zu einer echten Ganztagsgrundschule.

BETEILIGUNG, SCHUTZ UND VERLÄSSLICHE ANGEBOTE FÜR JUNGE MENSCHEN

Um Kinder zu fordern, zu fördern und zu schützen, braucht es neben intakten Familien insbesondere eine Kultur aktiven Hinsehens bei allen, die mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben. Ihr Schutz muss sowohl im analogen als auch im digitalen Leben besser werden. Wir sorgen für die verbindliche Umsetzung von Schutzkonzepten überall dort, wo sich Kinder regelmäßig aufhalten.

Die Jugendverbandsarbeit ist eine unverzichtbare Stütze. Wir fördern weiterhin Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Jugendsozialarbeit im Rahmen des Landesjugendplans. Brandenburgs bundesweit vorbildlichen Weg der Kinder- und Jugendbeteiligung gehen wir weiter. Zudem setzen wir auch zukünftig auf Freiwilligendienste wie FSJ Schule und wollen sie positiv bei Ausbildung und Studium berücksichtigen.

Für junge Menschen mit besonderem Förderbedarf

- fördern wir präventive Ansätze zur Vermeidung von Bildungsabbrüchen;
- unterstützen wir Programme wie „Jugendhilfe-Schule“ und „Produktionsschulen“.

Wir unterstützen die Netzwerke „Frühe Hilfen“ und „Gesunde Kinder“ und entwickeln sie weiter.

SPORT IST GESUNDHEITS- UND BILDUNGSFAKTOR

Brandenburg ist ein erfolgreiches Sportland. Wir begrüßen die deutsche Bewerbung für die Olympischen Spiele und sprechen uns besonders für das Konzept Berlin plus aus. Breitensport und ehrenamtliches Engagement in den Sportvereinen unterstützen wir langfristig. Wir investieren in moderne und barrierefreie Sportstätten und werden gemeinsam mit dem organisierten Sport den Goldenen Plan zügig umsetzen. Regelmäßige Bewegung von Kindern und Jugendlichen fördern wir durch Projekte wie „Kinder in Bewegung“ oder „Kita in Bewegung“. Schwimmen soll als Bestandteil des Sportunterrichts flächendeckend sichergestellt werden. Im olympischen und paralympischen Spitzensport entwickeln wir die überregional bedeutsamen Sportstätten und modernen Trainingszentren weiter und sichern verlässliche Förderstrukturen wie die duale Karriere.

WISSENSCHAFTS- UND INNOVATIONSTANDORT BRANDENBURG

Brandenburg verfügt über hervorragende Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Exzellente Hochschulen brauchen exzellente Professorinnen und Professoren. Deshalb sollen unsere Hochschulen das modernste Berufungsrecht in Deutschland bekommen. Wir verzichten dazu auf alle Vorgaben, die nicht verfassungsrechtlich geboten sind.

Wiedergewinnung der digitalen Souveränität

Wir schaffen die Voraussetzung dafür, dass das Hasso-Plattner-Institut in Potsdam eine wichtige Rolle bei der Wiedergewinnung der digitalen Souveränität Deutschlands und Europas spielen kann.

Wir wirken darauf hin, dass

- mit der Modellregion Gesundheit und der Medizinischen Universität Lausitz das Gesundheitssystem der Zukunft, in der Lausitz entwickelt wird;
- Gesundheitsdaten aus stationärer und ambulanter Versorgung so verknüpft sind, dass die bestmöglichen Forschungsergebnisse erzielt werden;
- in der Lausitz entwickelte Innovationen auch in anderen Regionen schnell genutzt werden;
- das erfolgreiche Modell des praxisintegrierenden Lehramtsstudiengangs perspektivisch ausgeweitet wird.

Die Medizinische Hochschule Brandenburg leistet ihren Beitrag zur Versorgung mit gut qualifizierten Ärztinnen und Ärzten, insbesondere im ländlichen Raum. Daher soll die Landesförderung auf dem aktuellen Niveau vertraglich abgesichert werden.

Den Hochschulbau werden wir beschleunigen. Die Hochschulen, die dies wünschen, sollen künftig auch ohne den Brandenburgischen Lan-

desbetrieb für Liegenschaften und Bauen (BLB) bauen können. Um Studierende zu entlasten, setzen wir uns dafür ein, dass 20 Prozent der Studierenden einen Wohnheimplatz beim Studierendenwerk erhalten, und treiben Neubau und Sanierung von Studierendenwohnheimen voran.

Zudem werden wir

- die exzellente außeruniversitäre Forschungslandschaft stärken;
- Forschung in Bereichen konzentrieren, die zur strategischen Souveränität, zur Krisenvorsorge und zur technologischen Handlungsfähigkeit Brandenburgs beitragen;
- eine Forschungsstrategie entwickeln, die den Hochschulen hilft, ihre Exzellenz in Forschung und Innovation kontinuierlich weiterzuentwickeln;
- im Kontext der High-Tech-Agenda des Bundes die Möglichkeiten verbessern, mehr Drittmittel für unsere Brandenburger Forschungslandschaft einzuwerben.

ERWACHSENENBILDUNG UND VOLKSHOCHSCHULEN

Unser Ziel ist es, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Bildungsangebote sicherzustellen.

Dabei legen wir einen besonderen Schwerpunkt auf die Stärkung digitaler, bürgerschaftlicher und demokratischer Kompetenzen. Zugleich sichern wir die Grundbildungszentren langfristig ab und erhalten ihren Fokus auf Alphabetisierung sowie auf den Erwerb grundlegender Fähigkeiten.

VERLÄSSLICHE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR KUNST UND KULTUR

Musikalische Früherziehung ist ein wichtiger Bestandteil ganzheitlicher Bildung und eröffnet allen Kindern frühzeitig Zugänge zu kultureller Teilhabe. Das Musik- und Kunstschulgesetz werden wir entbürokratisieren, damit kulturelle Bildung niedrigschwellig zugänglich bleibt und pädagogische Qualität nicht durch übermäßige Verwaltungsanforderungen beeinträchtigt wird. Die Kunst- und Musikschulen sowie die freie Kunst- und Kulturszene werden wir weiterhin unterstützen.

Die Gedenkstätten im Land Brandenburg sichern nicht nur ein würdiges Erinnern, sondern leisten auch eine unverzichtbare Arbeit für Aufklärung, Wissensvermittlung und historisch politische Bildung. Wir stärken die Erinnerungskultur und bewahren das Gedenken an die Verbrechen des NS-Terrors sowie an das Unrecht der SED-Diktatur. Dabei kommt Gedenkstättenbesuchen durch Schülergruppen eine wichtige Rolle zu. Digitale Erinnerungsprojekte werden gezielt gefördert und der Bau des Besucherzentrums Sachsenhausen umgesetzt.

Zudem werden wir

- die Kulturland-Themenjahre fortsetzen und auch künftig den „Kunstpreis des Landes Brandenburg“ verleihen;
- die Projekte „Klasse Musik“ und „klangvolle Bildung“ weiterführen;
- das Brandenburgische Landesmuseum für moderne Kunst erhalten;
- die Verantwortung für das Kloster Chorin übernehmen;

- das Erbe von Fürst von Pückler-Muskau bewahren.

Die preußischen Schlösser und Gärten sind ein von der UNESCO anerkanntes Weltkulturerbe. Wir pflegen und bewahren dieses Aushängeschild als Anziehungspunkt für jährlich viele Hunderttausend Besucher aus aller Welt.

Wir möchten gemeinsam mit den Städten und Gemeinden über einen „Pakt für Kultur“ ins Gespräch kommen. Das Land ist bereit, den Theater- und Orchesterrahmenvertrag um weitere fünf Jahre zu verlängern. Museen und Gedenkstätten wollen wir dazu animieren, einen Tag im Monat kostenfreien Eintritt für junge Menschen, Familien sowie Seniorinnen und Senioren, Alleinerziehende und Sozialleistungsbeziehende zu ermöglichen.

Die Sorben und Wenden sind ein unverzichtbarer Teil der kulturellen Identität Brandenburgs; ihre Sprache, Traditionen und ihr kulturelles Erbe prägen unser Land bis heute. Wir werden

- die sorbisch/wendische Sprache und Kultur weiter umfassend unterstützen;
- gemeinsam mit dem Bund und dem Freistaat Sachsen die Stiftung für das Sorbische Volk weiterhin verlässlich finanzieren;
- in diesem Jahr in Senftenberg/Zty Komorow mit der Ausbildung von SorbischLehrkräften für Grundschulen beginnen.

Die niederdeutsche Sprache schützen wir und entwickeln einen digitalen Niederdeutsch-Atlas. |



IMMER BEREIT

WIE BLEIBT BRANDENBURG STABIL, SICHER UND HANDLUNGSFÄHIG? WIE SORGT BRANDENBURG FÜR ORDNUNG UND SCHÜTZT SEINE BÜRGERINNEN UND BÜRGER?

Die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie ein handlungsfähiger Rechtsstaat sind zentral für den Zusammenhalt in der Gesellschaft.

Viele Bürgerinnen und Bürger erleben derzeit, dass einstige Gewissheiten durch neue Konflikte und Gefahren infrage stehen. Phänomene von Extremismus, Spionage, Sabotage und Desinformation nehmen zu. Der Schutz von Kritischer Infrastruktur, Verwaltung und Wirtschaft vor hybriden und digitalen Angriffen ist von wachsender Relevanz. Vor diesem Hintergrund erwarten die Bürgerinnen und Bürger, dass sich Polizei, Verfassungsschutz, Feuerwehr und Katastrophenschutz weiterhin durch moderne Ausstattung, rechtliche Befugnisse und digitale Werkzeuge an neue, dynamische Entwicklungen anpassen. Der Schutz unseres Landes und unserer Bevölkerung durch die Bundeswehr vor äußeren Bedrohungen hat Priorität. Wo Migration, Asyl und Integration im Fokus stehen, wird eine ausgewogene Politik aus Humanität und Ordnung nach dem Prinzip Fördern und Fordern erwartet. Dafür müssen Regeln konse-

quent angewendet und durchgesetzt werden. Wo ein Rechtsstreit besteht, werden schnelle, verständliche und konsequente Gerichtsverfahren erwartet. Auf eine effektive Strafverfolgung und den Justizvollzug muss Verlass sein.

SICHTBARE POLIZEIPRÄSENZ UND ORDNUNG GEWÄHRLEISTEN

Sicherheit und Ordnung sind insbesondere das Ergebnis der täglichen Arbeit der Polizistinnen und Polizisten in unserem Land. Wir halten am Anspruch einer starken Polizei fest und bekräftigen den Aufwuchs der Polizei auf 9.000 Stellen bis zum Jahr 2029. Daher unterstützen wir die qualitative und quantitative Erweiterung unserer Hochschule der Polizei für die Aus- und Fortbildung.

Wir wollen die Landespolizei und ihre Organisationsstruktur angesichts des Stellenaufwuchses weiterentwickeln. Präsenz und Ansprechbarkeit der Polizei vor Ort, in der Stadt und auf dem Land sind dafür der entscheidende Maßstab. Wir

5

- werden
- die Arbeit der Revierpolizei als direkter Ansprechpartner vor Ort aufwerten;
 - die direkte Ansprechbarkeit durch zusätzliche Streifenwagen erhöhen;
 - Polizeireviere und -inspektionen als lokale Ankerpunkte erhalten.

Die Polizei benötigt eine moderne Ausstattung nach dem Stand der Technik. Deshalb werden wir weiterhin in Einsatztechnik investieren und für die Beschaffung neuer sowie für den Ersatz bewährter Ausstattungen eintreten. Dies betrifft

grenzüberschreitenden Kriminalität eingesetzt werden. Dazu werden Fahndungsgruppen eingerichtet.

An der bewährten Struktur des gemeinsamen Zentrums in Stübice halten wir fest. Wir setzen auf den Erfolg des deutsch-polnischen Polizei-Teams und treten für einen weiteren Ausbau ein. Die Kooperation unserer Polizeihochschule mit polnischen Ausbildungseinrichtungen werden wir verstärken.

Es ist erforderlich, die polizeilichen Befugnisse an die technischen, digitalen und rechtlichen Entwicklungen anzupassen. Neue Kommunikations-, Speicher- und Recherchemöglichkeiten sind Schlüssel für erfolgreiche Polizeiarbeit. Dabei ist die digitale Souveränität ein hohes Gut. Dazu gehören auch moderne Recherche- und Analysetools. Hierfür wird die Koalition im Zuge der Novellierung des Brandenburgischen Polizeigesetzes die rechtlichen Grundlagen schaffen. Es ist absehbar, dass der digitale Raum künftig ein zentraler Einsatzort sein wird, weshalb wir hierauf einen Schwerpunkt setzen.

Um die öffentliche Sicherheit zu stärken, ist die Zusammenarbeit zwischen Polizei und kommunalen Ordnungsbehörden wichtig.

Wir werden bestehende Befugnisse überprüfen und bei Bedarf erweitern – so wie etwa die Befugnis für Kommunen, Videoüberwachungssysteme im öffentlichen Raum einzusetzen. Das Brandenburgische Ordnungsbehördengesetz wird dahingehend novelliert.

speziell die strategisch bedeutsame Beschaffung von Polizeihubschraubern und den weiteren Aufbau von Fähigkeiten zur Drohnenabwehr. An den Zentraldienst der Polizei mit der Zentralstelle für das Beschaffungswesen werden besondere Anforderungen gestellt. Wir werden prüfen, ob Kompetenzen der Einrichtung zur Erbringung von Verwaltungsleistungen erweitert werden können.

Wir setzen uns für die Einrichtung einer fünften Einsatzhundertschaft am Standort Schönefeld ein, die vorrangig der Bewältigung polizeilicher Lagen im Umfeld des Verkehrs- und Regierungsflughafens dient. Insbesondere in der erweiterten deutsch-polnischen Grenzregion sollen zusätzliche Kräfte zur Bekämpfung der

Investition in moderne Einsatztechnik



Starker Verfassungsschutz zur Abwehr extremistischer Bestrebungen
Der Verfassungsschutz leistet eine anerkannt gute Arbeit bei der Aufdeckung extremistischer Bestrebungen. Wir stehen zur Unabhängigkeit des Verfassungsschutzes und werden das Verfassungsschutzgesetz novellieren, um

- Befugnisse, Fähigkeiten und Möglichkeiten des Datenaustausches an aktuelle technische Entwicklungen anzupassen;
- das durch soziale Medien veränderte Kommunikationsverhalten stärker zu berücksichtigen;
- die organisatorische und personelle Aufstellung des Verfassungsschutzes an den neuen Bedrohungslagen auszurichten.

Wir bekräftigen, dass nur Beamtin und Beamter werden darf, wer uneingeschränkt auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht und auch dafür eintritt. Personen mit Bezügen aus dem Bereich des politischen und religiösen Extremismus mit verfassungsfeindlichen Bestrebungen werden wir vom Staatsdienst fernhalten. Hierfür ist der bestehende Verfassungstreuecheck gut geeignet und soll weiterentwickelt werden.

Die parteinahen Stiftungen und kommunalpolitischen Vereinigungen leisten einen zentralen Beitrag zur gesellschaftspolitischen Arbeit und demokratischen Bildung. Wir werden mit einem Stiftungsfinanzierungsgesetz die Förderung solcher Organisationen verstetigen.

KRISENFESTER BRAND- UND KATASTROPHENSCHUTZ

Unsere gut ausgebildeten Einsatzkräfte, modern ausgestattete Feuerwehren und ein leistungsfähiger Katastrophenschutz sind Grundlage für Sicherheit und Stabilität unseres Gemeinwesens. Wir stärken dauerhaft Warn-, Führungs- und Krisenlogistikstrukturen und bauen Bürokratie ab. Wir setzen weiter Schwerpunkte für Ausstattung, Ausbildung, Logistik und Einsatzfähigkeit – mit Ausrichtung auf Waldbrandbekämpfung und Warnsysteme.

Das Waldbrandkompetenzzentrum an der Landesschule und Technischen Einrichtung für Brand- und Katastrophenschutz (LSTE) ertüchtigen und entwickeln wir weiter. Wir werden

- die Bereiche Frühwarnung und Lagebilder weiter verbessern;
- die Aus- und Fortbildung einschließlich digitaler Lernangebote ausbauen;
- regelmäßig überregionale Übungen ausrichten;
- am Aufbau des zweiten Standortes der LSTE in Wünsdorf festhalten und die Umsetzung beschleunigen.

Wir unterstützen den Aufbau der „Kompetenzregion Oranienburg“ bei der Kampfmittelsuche, ändern das Ordnungsbehördengesetz entsprechend und setzen uns beim Bund für eine regelmäßige Mitfinanzierung der Kampfmittelsuche in Brandenburg ein.

Für eine effiziente Modernisierung der Feuerwehrinfrastruktur werden wir das Konzept von Musterfeuer-

wehrgerätehäusern vorantreiben. Für Großlagen stärken wir schlanke und mobile Katastrophenschutzfähigkeiten mit standardisierten Modulen. Das Ehrenamt als tragende Säule des Brand- und Katastrophenschutzes unterstützen wir durch

- sichtbare Anerkennung;
- bessere Vereinbarkeit von Beruf und Ehrenamt;
- die Bündelung von Qualifizierungsangeboten.

Für ein modernes, integriertes Sicherheits- und Krisenmanagement in den Bereichen Zivil- und Bevölkerungsschutz werden wir die Zusammenarbeit neu strukturieren und Kompetenzen bündeln. Wir setzen das KRITIS-Dachgesetz des Bundes zügig um und stärken den Schutz kritischer Infrastrukturen durch ressortübergreifend abgestimmte Verfahren. Das Brandenburgische Brand- und Katastrophenschutzgesetz wird novelliert.

Leistungsfähige zivile Verteidigung und Unterstützung der Bundeswehr Wir bekennen uns zur Bundeswehr und ihren Standorten. Notwendig ist deshalb

- eine Stärkung der zivilen Verteidigung;
- die Beschleunigung von militärischen Infrastrukturmaßnahmen;
- ein leistungsfähiges, vorausschauendes Krisenmanagement als wesentlicher Bestandteil der staatlichen Sicherheitsvorsorge.

Für die dem Land Brandenburg zufallenden Aufgaben werden wir die notwendigen Ressourcen bereitstellen. Die zivil-militärische Zusammenarbeit bauen wir systematisch

aus und verankern sie dauerhaft. Brandenburg wirkt aktiv am bundesweiten Lagebild zur zivilen Verteidigung mit.

Jugendoffiziere können, wie auch andere Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, im Rahmen des Schulunterrichts oder von schulischen Veranstaltungen Schülerinnen und Schüler über die zur Friedenssicherung möglichen Politikinstrumente und die Aufgaben der Bundeswehr informieren. Näheres wird in einer Kooperationsvereinbarung des Landes mit der Bundeswehr vereinbart.

MIGRATION UND INTEGRATION STEUERN

Wir setzen auf Humanität und Ordnung, wenn Menschen nach Brandenburg zuwandern, und stehen zum Recht auf Asyl. Wer Teil dieser Gesellschaft werden möchte, ihre Grundwerte teilt, die Sprache lernt, sich mit Engagement einbringt und seinen eigenen Lebensunterhalt erwirtschaftet, soll sich ein Bleiberecht erarbeiten können. Für die Ausgewogenheit von Fördern und Fordern wollen wir mittels eines Integrationsgesetzes

- Integrationsinstrumente stärken, verstetigen und bündeln;
- die Möglichkeiten zur Arbeitsaufnahme erleichtern sowie gezielte Unterstützung durch Integrationsvereinbarungen geben;
- bestehende Strukturen entbürokratisieren.

Durch das Integrationsgesetz werden zudem Aufgaben zwischen der

Zentralen Ausländerbehörde (ZABH) und den kommunalen Ausländerbehörden mit dem Ziel eines effektiveren und zielführenderen Vollzugs neu und verlässlich geordnet.

Nach dem System der Landeseinrichtungen unterscheiden wir zwischen der

- Verteilung von Menschen mit Bleibeperspektive auf die Kommunen und
- dem Verbleib von Menschen mit unklarer oder ohne Bleibeperspektive in Landesobhut. Die Landesobhut unterteilt sich wiederum in die Unterbringung von Menschen mit
- unklarer Bleibeperspektive oder ohne Bleibeperspektive und ohne Rückführungsmöglichkeit in Landesübergangseinrichtungen einerseits und
- die Zuweisung von Menschen ohne Bleibeperspektive mit Rückführungsmöglichkeit in Ausreiseeinrichtungen andererseits.

Die ZABH soll unter Bereitstellung der dafür notwendigen Ressourcen auch rechtlich für den Personenkreis der Menschen ohne Bleibeperspektive zuständig sein. Wir steuern Migration, indem wir

- Menschen ohne Bleibeperspektive und ohne Bleiberecht konsequent zurückführen;
- weiterhin die freiwillige Ausreise unterstützen;
- die „Task Force Abschiebung“ fortsetzen, insbesondere um Straftäter und Störer beschleunigt zurückführen zu können;
- ein Behördenzentrum am Flughafen BER errichten.

Wir setzen den Pakt für schnelle Asylgerichtsverfahren konsequent um. Dies umfasst insbesondere eine personelle Stärkung der Verwaltungsgerichte, die Einrichtung einer länderübergreifenden Asyl dokumentationsstelle beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg sowie eine effizientere Regelung der Gerichtszuständigkeiten.

JUSTIZ – SCHNELL, MODERN UND WIRKSAM

Wir setzen uns für eine schnelle und effektive Justiz mit angemessenen Verfahrenslaufzeiten in allen Gerichtsbarkeiten und der Staatsanwaltschaft ein. Wir unterstützen mit dem Bund den Pakt für den Rechtsstaat mit seinen drei Säulen: Personal, Digitalisierung und Reform der Verfahrensordnungen. Wir stellen den für den Generationenwechsel notwendigen Wissenstransfer durch geeignete Maßnahmen sicher.

Ein Pakt für den Rechtsstaat.



Wir werden das Brandenburgische Richterrecht mit dem Ziel novellieren, Richterinnen und Richter in der Fläche einzusetzen, die Mitbestimmung an allen Gerichten abzuschaffen und Schriftformerfordernisse abzubauen.

Bei der Modernisierung der Justiz setzen wir folgende Schwerpunkte:

- Konsequente Fortsetzung des Digitalisierungsprozesses;
- Verstärkter Einsatz von KI-Assistenten;
- Verfügbarmachung elektronischer Terminbuchung an allen Amtsgerichten;
- Schulung und Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Personalbesetzung an Justizstandorten im ländlichen Raum werden wir, wo nötig, durch weitere gezielte attraktivitätssteigernde Maßnahmen unterstützen. Wir werden alle Gerichtsstandorte im Land erhalten und die Arbeitsgerichtsreform evaluieren.

Wir stärken die Resilienz des Landesverfassungsgerichts, indem wir dem Gericht ein nachgeordnetes Vorschlagsrecht zur Wahl ihrer Richterinnen und Richter einräumen. Wir werden in allen Gerichtsbarkeiten die Widerstandsfähigkeit des Richterwahlverfahrens sichern. Wir gewährleisten, dass die Arbeit der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter sowie Schöffinnen und Schöffen nicht durch Verfassungsfeinde untergraben wird. Wir werden ein Gesetz zur Untermauerung des gesellschaftlichen Vertrauens in die weltanschaulich-religiöse und politische Neutralität der Justiz auf den Weg bringen.

Für einen handlungsfähigen Justizvollzug weiten wir unsere Anstrengungen zur Personalgewinnung aus. Außerdem novellieren wir die brandenburgischen Justizvollzugsgesetze, wobei insbesondere Abläufe und Verfahren vereinfacht werden. Die Sicherheit der Bediensteten steht

für uns an oberster Stelle und wird durch zielgerichtete Maßnahmen erhöht. Wir stärken auch den Opferschutz, indem wir

- Unterstützung nicht erst auf Anfrage des Opfers, sondern proaktiv anbieten;
- die psychosoziale Prozessbegleitung für Minderjährige nach Änderung des Bundesgesetzes auch ohne Antrag gewähren;
- in Abstimmung mit dem Bund die elektronische Aufenthaltsüberwachung als gefahrenabwehrrechtliche Maßnahme, insbesondere im Gewaltschutzgesetz, einführen wollen.

Wir wollen schwere Kriminalität im Internet wirksamer bekämpfen, befürworten die dafür notwendige Speicherung von IP-Adressen und werden die Organisationsstrukturen der Staatsanwaltschaften optimieren, um die Möglichkeiten der Vermögensabschöpfung konsequent anzuwenden.

Wir werden den bestehenden Rechtskundeunterricht an brandenburgischen Schulen weiterentwickeln, die Gerichtsvollzieherausbildung akademisieren und hierzu Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Bundesländern prüfen.

Betreuerinnen, Betreuer und Betreuungsvereine leisten, auch aufgrund des demografischen Wandels, eine wichtige Arbeit und entlasten die Kommunen. In die Evaluation des Vergütungssystems auf Bundesebene werden wir uns engagiert einbringen. |

IMMER LEBENSWEIT

WIE BLEIBT BRANDENBURG IN ALLEN LANDESTEILEN LEBENSWEIT?

6

Brandenburg hat in den letzten Jahrzehnten ein hohes Niveau an Daseinsvorsorge aufgebaut, auf welches wir stolz sein können. Gute Daseinsvorsorge muss im ganzen Land zugänglich und verlässlich sein. Viele Bürgerinnen und Bürger erleben jedoch, dass sich zentrale Bereiche derzeit im Umbruch befinden. Die Menschen sehen die medizinische Versorgung zunehmend gefährdet, wenn Haus- oder Facharztpraxen schwer erreichbar sind, auf Termine lange gewartet werden muss oder Krankenhäuser unter wirtschaftlichem Druck stehen. Die Menschen fragen nicht zuerst nach Zuständigkeiten zwischen Bund, Land und Kommune, sondern danach, ob Hilfe im Ernstfall schnell und zuverlässig geleistet wird, Rettungsdienst und Krankenfahrten funktionieren und ob sie am Ende mit unerwarteten Rechnungen belastet werden. Gerade im ländlichen Raum wird genau hingeschaut, ob die Versorgung vor Ort in allen wichtigen Lebensbereichen erhalten bleibt – und Reformen tatsächlich Abläufe verbessern oder neue Hürden schaffen.

Unser vorrangiges Ziel ist es deshalb, dass Brandenburg als Flächenland in allen Regionen gleichwertige Lebensverhältnisse bietet: mit einer verlässlichen, flächendeckenden Gesundheitsversorgung, guter Pflege,

Arzneimittelversorgung vor Ort sowie kulturellen Angeboten, die Identität stiften und Gemeinschaft stärken.

LEISTUNGSFÄHIGE, FLÄCHEN- DECKENDE GESUNDHEITS- VERSORGUNG

Wir werden die Krankenhausreform des Bundes und die damit verbundenen Gesetze und Verordnungen kritisch, aber konstruktiv begleiten. Den 5. Landeskrankenhausplan stellen wir zügig fertig und setzen ihn entsprechend um. Dabei nutzen wir ausdrücklich die Synergieeffekte der Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg.

Damit Krankenhäuser ihre Aufgaben zuverlässig erfüllen können, braucht es eine auskömmliche Finanzierung. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass die Betriebskosten der Krankenhäuser ausreichend finanziert werden. Die Investitionen in Krankenhäuser finanzieren wir in Höhe von 200 Mio. Euro pro Jahr.

Alle Krankenhausstandorte sollen als Orte der regionalen Gesundheitsversorgung im Land erhalten bleiben, beispielsweise als Krankenhaus oder als medizinisches Versorgungszentrum/Poliklinik. Künftige Krankenhäuser oder Versorgungszentren

werden wir

- an den Bedarfen in den Versorgungsregionen ausrichten;
- zukunftsicher weiterentwickeln.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Errichtung kommunaler medizinischer Versorgungszentren wollen wir so anpassen, dass die notwendigen Bürgschaften erleichtert werden.

Eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung ist für soziale Gerechtigkeit und gleichwertige Lebensverhältnisse von zentraler Bedeutung. Angesichts des demografischen Wandels, des Fachkräftemangels und wachsender regionaler Unterschiede sind insbesondere ländliche Räume auf neue, flexible Versorgungsansätze angewiesen. Besonders wichtig sind dabei unsere niedergelassenen Haus- und Fachärzte.

Um mehr Landärzte zu gewinnen,

- führen wir eine Landarztquote für das Studium der Humanmedizin an der Medizinischen Universität Lausitz – Carl Thiem (MUL-CT) ein;
- setzen uns auf Bundesebene für die Möglichkeit ein, die Landarztquote zu erhöhen;
- verstetigen wir das Landärztestipendium und weiten es auf Zahnärztinnen und Zahnärzte aus.

Wir brauchen alle Akteure der gesundheitlichen Versorgung, um in ländlichen und städtischen Regionen auch in Zukunft angemessene, sektorenübergreifende Angebote machen zu können. Wir wollen neue Wege erproben und Innovationen ermöglichen. Vor diesem Hintergrund richten wir in Zusammenarbeit mit dem Gemeinsamen Lan-

desgremium nach § 90a SGB V eine interdisziplinäre Taskforce ein. Dies soll durch regionale Gesundheitskonferenzen in den Kreisen und kreisfreien Städten unterstützt werden. Auf Bundesebene setzen wir uns für gesetzliche Rahmenbedingungen ein, die Gesundheitsregionen und eine sektorenübergreifende regionale Gesundheitsplanung ermöglichen.

Wir unterstützen den Erhalt von Geburts- und Kinderkliniken und setzen uns für ausreichend Hebammen ein.

Die Schwangerschaftskonfliktberatung ist eine wichtige Leistung im Rahmen der familienunterstützenden Maßnahmen und soll weiterhin niedrigschwellig und angemessen erreichbar sein. Mindestens die Erstgespräche sollen in Präsenz stattfinden.

Gesundheitsvorsorge und Versorgungssicherheit weiterentwickeln
Die Koalition wird den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) als zentrales Instrument für Prävention stärken und weiterentwickeln. Dabei liegt ein Fokus auf Kinder- und Jugendgesundheit sowie sozial benachteiligten Gruppen. Wir werden

- das ÖGD-Gesetz anpassen;
- uns auf Bundesebene für eine Weiterentwicklung des ÖGD in gemeinsamer Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen einsetzen.

Im nächsten Kinder- und Jugendgesundheitsbericht sollen Handlungsoptionen aufgezeigt werden, wie Potenziale und Risiken von Gaming und Social-Media-Nutzung in die gesundheitliche Präventionsarbeit einbezogen werden können.

Wir stärken weiterhin die geschlechtersensible Medizin und setzen uns für eine flächendeckende bedarfsgerechte psychotherapeutische Versorgung sowie eine bedarfsgerechte Arzneimittelversorgung vor Ort ein.

In Notsituationen muss Hilfe verlässlich und für Betroffene ohne zusätzliche Belastung möglich sein. Wir wollen,

- dass gesetzlich Versicherte keine Kosten für die notwendige Inanspruchnahme des Rettungsdienstes übernehmen müssen;
- auf Bundesebene eine Reform der Notfallversorgung einfordern, die auch die Kostenübernahme der sogenannten Fehlfahrten verbindlich regelt;
- gemeinsam mit den Landkreisen und kreisfreien Städten eine Anpassung des Brandenburgischen Rettungsdienstgesetzes prüfen.

Auch für Menschen mit Long-Covid, Post-Vac-Syndrom und Myalgische Enzephalomyelitis/das Chronische Fatigue Syndrom (ME/CFS) verbessern wir die Versorgung und fördern das DiReNa-Netzwerk als zentrale Anlaufstelle. Die Arbeit der Enquete-Kommission Corona begleiten wir weiterhin konstruktiv und lösungsorientiert. Damit wollen wir die Erfahrungen der Pandemie aufarbeiten und daraus mögliche Handlungsoptionen ableiten.

PFLEGE UND WÜRDEVOLLES ALTERN

Bei Pflegebedürftigkeit sollen Brandenburgerinnen und Brandenburger möglichst lange zu Hause bleiben können. Eine gute pflegefachliche

Begleitung und Versorgung sowie die Möglichkeit, am Leben der örtlichen Gemeinschaft teilhaben zu können, sind dafür unverzichtbar.

Mit dem „Pakt für Pflege“ ist es gelungen, Pflege und Prävention auch zu einem kommunalpolitischen Thema zu machen und sozialräumliche Hilfen im Vor- und Umfeld der Pflege zu etablieren.

Deshalb ist es wichtig, dieses einzigartige Projekt im Landespflegegesetz zu verankern, damit die Präventionsangebote auch weiterhin die häusliche Pflege stabilisieren.

Die Einführung der Nachbarschaftshilfe unterstützen und evaluieren wir. Darüber hinaus setzen wir die Gesundheits- und Krankenpflegehilfe sowie die Altenpflegehilfe im Land Brandenburg gemäß den Generalistikanforderungen des Bundes um.

Wir sorgen für praxistaugliche Regeln und eine faire Lastenverteilung. Dafür prüfen wir eine Novellierung des Pflege- und Betreuungswohngesetzes und der Strukturqualitätsverordnung (SQV). Auf Bundesebene fordern wir eine Entlastung des Landes bei den Sozialhilfekosten und setzen uns für eine umfassende Pflegereform ein.

Zur Gewinnung von Pflegekräften wollen wir

- die Anerkennung ausländischer Abschlüsse im Gesundheitswesen und im Pflegebereich erleichtern;
- die Anwerbung ausländischer Fachkräfte über die Koordinierungsstelle für die Fachkräftesicherung in der Pflegewirtschaft (KFP) unterstützen;

- das Modellprojekt „National Matching Brandenburg“ fortführen.

Die Serviceeinheit Entgeltwesen als Dienstleister für die Landkreise und kreisfreien Städte werden wir im Hinblick auf den Evaluationsbericht weiterentwickeln.

Resilienz und Sicherheit in Einrichtungen gewinnen weiter an Bedeutung – insbesondere bei Krisenlagen. Wir werden

- den gesundheitlichen Bevölkerungsschutz resilient machen;
- den Landesepidemieplan fortschreiben;
- verpflichtende Regelungen für Notstrom in Einrichtungen der Kritischen Infrastruktur im Gesundheits- und Pflegebereich prüfen.

Auf Bundesebene sollen Ausnahmen für die Erforderlichkeit eines Personenbeförderungsscheines für Pflege- und Betreuungsfahrten der Pflegedienste im Rahmen der Leistungserbringung nach SGB V und SGB XI geschaffen werden.

Hospiz- und Palliativarbeit sind zentrale Bestandteile gesellschaftlicher Verantwortung und Ausdruck einer mitfühlenden und solidarischen Gesellschaft. Mit einem Runden Tisch sollen gemeinsame Strategien und Versorgungskonzepte für Brandenburg entwickelt werden, um flächendeckend Hospiz- und Palliativversorgung sicherzustellen.

SOZIALE SICHERHEIT UND VIELFALT FÜR EIN STARKES GEMEINWESEN

Wohlfahrtsverbände sind tragende Säulen der sozialen Daseinsvorsorge und unverzichtbare Partner des Landes. Wir sichern Familienzentren und Mehrgenerationenhäuser und sorgen dafür, dass ihre Angebote noch sichtbarer werden. Zur Qualitätssicherung und Vermeidung von Doppelstrukturen wollen wir

- die Angebote und Arbeitsweisen von Familienverbänden und Familienzentren evaluieren;
- das Familienforum neu ausrichten;
- ein digitales Familienportal anbieten.

Wir stärken die Politik für Seniorinnen und Senioren, indem wir die seniorenpolitischen Leitlinien umsetzen und fortschreiben. Darüber hinaus begleiten wir die Rentenreform auf Bundesebene kritisch und konstruktiv.

Beim Schutz von Kindern und Jugendlichen setzen wir auf verbindliche Strukturen wie Kinderschutzkonzepte und eine bessere Zusammenarbeit. Wir ermöglichen

- interkollegialen Arzteaustausch im Kinderschutz;
- die Einführung von Kinderschutzambulanzen sowie Kinderschutz- bzw. ChildhoodHäusern, basierend auf Bundesförderung.

Gleichstellungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Politikfelder umfasst und strukturelle Veränderungen erfordert. Wir verstehen das Landesgleichstellungsgesetz als strategisches Instrument, um den Verfassungsauftrag umzusetzen.

Wir setzen uns für eine gerechte Entlohnung und ein partnerschaftliches Miteinander bei der Erwerbs- und Sorgearbeit ein.

Wir setzen die Istanbul-Konvention in Brandenburg weiter um und werden das Bundesgewalthilfegesetz im Rahmen der landesrechtlichen Zuständigkeiten verlässlich ausgestalten. Die Unterstützungsstrukturen für von Gewalt betroffene Menschen wollen wir bedarfsgerecht ausbauen. Wir unterstützen Frauenhäuser und stehen zu einer verlässlichen Finanzierung der Frauenverbände und -netzwerke.

Wir stehen für den Schutz und die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und fördern eine Kultur des gegenseitigen Respekts, in der Vorurteile und diskriminierendes Verhalten abgebaut werden. Wir setzen den Aktionsplan „Queeres Brandenburg“ konsequent um.

Wir wollen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen. Dafür fördern wir die Inklusion. Wir erfüllen das Bundesteilhabegesetz und prüfen zugleich die bisherige Umsetzung. Darüber hinaus wollen wir das Brandenburgische Behindertengleichstellungsgesetz mit dem Ziel der Inklusion und Chancengleichheit im Einklang mit der UN-Behindertenrechtskonvention weiterentwickeln. Das Behindertenpolitische Maßnahmenpaket setzen wir zielgerichtet um und gestalten es fortlaufend weiter.

Förderung der Kultur des gegenseitigen Respekts.



GEMEINSCHAFT LEBEN

Entscheidend für Lebensqualität sind nicht nur Versorgung und Absicherung, sondern auch Gemeinschaft und Zusammengehörigkeit. Wir unterstützen

- den Erhalt der Kulturlandschaft zur Stärkung der Identität, des Tourismus und der Verbindung der Menschen zu unserem Land;
- die kulturellen Ankerpunkte in Kooperation mit den Landkreisen und sichern dadurch auch Strukturen bürgerschaftlichen Engagements;
- Soziokultur, Heimat- und Volksfeste sowie Festivals, insbesondere im ländlichen Raum;
- zur Stärkung der Dorfgemeinschaften den Erhalt der LEADER-Förderung;
- die Weiterführung der Denkmalschutzhilfe;
- den Erhalt von Dorfkirchen und Dorfgemeinschaftshäusern als gesellschaftliche Treffpunkte.

Wo Begegnungsräume verschwinden, wächst Einsamkeit und mit ihr das Gefühl, abgehängt zu sein. Deshalb wollen wir eine gesamtgesellschaftliche Strategie gegen Einsamkeit und ein Konzept für die Ausgestaltung von Begegnungsorten erarbeiten. |

IMMER AUF ACHSE

WIE GELINGT „ANKOMMEN“ IN BRANDENBURG?

7

Brandenburg ist Zuzugsland, die Bevölkerung wächst. Dies zeigt, dass unser Brandenburg attraktiv ist und die Menschen hier gut und gerne leben. Gute und verlässliche Mobilität im ganzen Land ist ein Schlüsselfaktor für Lebensqualität, wirtschaftliche Stärke und gesellschaftliche Teilhabe. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten verkehrstüchtige Straßen, gut ausgebaute Radwege und zuverlässige öffentliche Verkehrsangebote, die besonders für Familien und ältere Menschen alltagstauglich sein müssen. Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Berufstätige erwarten, dass Mobilitätshürden auf dem Weg in Ausbildung und Beruf beseitigt werden, damit das Ergreifen von persönlichen Chancen nicht vom Wohnort abhängt.

In stark wachsenden Regionen ist der Druck auf den Wohnungsmarkt hoch und die Mieten steigen. Im gesamten Land brauchen wir mehr altersgerechte und barrierefreie Wohnungen. Junge Familien haben es durch die hohen Baukosten schwer, Wohneigentum zu schaffen. Bezahlbares Wohnen ist für viele Menschen eine Zukunftsfrage geworden. Auf diese Fragen wollen wir Antworten geben.

WACHSTUM FÖRDERN DURCH LANDESPLANUNG UND REGIO- NALENTWICKLUNG

Wir wollen die unterschiedlichen Potenziale der Brandenburger Regionen stärker miteinander verbinden und Wachstum und Entwicklung im gesamten Land ermöglichen. Wir führen die gemeinsame Landesplanung mit Berlin fort und überprüfen den „Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion“ mit dem Ziel, die Entwicklungsspielräume für Gemeinden außerhalb der Verdichtungsräume zu erweitern.

Bei der Umsetzung des strategischen Gesamtrahmens für die Hauptstadtregion legen wir die Schwerpunkte auf die Bereiche Mobilität und Infrastruktur.

Wir unterstützen Landkreise, Kommunen und Leader-Aktionsgruppen bei der Umsetzung von Schlüsselvorhaben der Regionalentwicklungsstrategie „Stärken verbinden“ durch

- die gezielte Prioritätensetzung beim Einsatz von Fördermitteln;
- die Unterstützung der Arbeit des Kommunalen Nachbarschaftsforums und des Dialogforums Airport Berlin-Brandenburg.

Wir werden die Zusammenarbeit mit unseren benachbarten Ländern und Metropolregionen insbesondere bei den Themenfeldern Mobilität,

Investitionen in das Gesamtstraßen- und Radwegenetz

Infrastruktur, Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie Wirtschaft und Wissenschaft weiter ausbauen. Dafür setzen wir die Tradition der gemeinsamen Kabinettsitzung mit den benachbarten Ländern fort und unterstützen damit die Entwicklung und Umsetzung grenzüberschreitender Projekte.

Bei der Regionalplanung setzen wir den Schwerpunkt auf die Steuerung der Windenergienutzung. Ziel ist die Begrenzung des Windenergieausbaus auf ausgewiesene Vorranggebiete. Wir halten am Abstand von 1.000 Metern zur Wohnbebauung fest.

STRASSEN-, BRÜCKEN UND RADWEGEBAU VORANBRINGEN

Eine moderne Infrastruktur ist Katalysator für die Landesentwicklung. Wir wollen Wege finden, dem Investitionsstau zu begegnen, bleiben aber beim Grundsatz „Erhalt vor Ausbau“.

Investitionsschwerpunkte setzen wir mit Blick auf:

- Wirtschaft und Wertschöpfung;
- die Entwicklung überregionaler Achsen;
- den Erhalt und die Sanierung von Brückenbauwerken mit Relevanz für das Gesamtnetz;

- Lückenschlüsse im Radwegenetz.

Gemeinsam mit den Kommunen setzen wir ein Abstufungsprogramm für Landesstraßen um.

Wir wollen schnelle und möglichst kostengünstige Investitionen in das Gesamtstraßen- und Radwegenetz. Deswegen werden wir das Brandenburgische Straßengesetz mit dem Ziel überprüfen,

- Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen;
- Standards zu senken.

Die Brandenburger Alleen sind prägende Kulturlandschaftselemente und haben eine identitätsstiftende Bedeutung. Deshalb halten wir an der Umsetzung der Alleenkonzeption 2030 und am Alleenkompetenzzentrum fest.

SCHIENENPROJEKTE AUF DIE STRECKE BRINGEN

Wir wollen ein gut erreichbares und verlässlich funktionierendes Netz öffentlicher Verkehrsmittel mit hoher Qualität. Die Hauptachsen werden durch den Schienenpersonenverkehr und die Querverbindungen und die Versorgung in der Fläche durch den Busverkehr getragen. Die verschiedenen Verkehrsträger und den Fußverkehr verknüpfen wir mit dem Ziel, eine effiziente, ressourcenschonende und verlässliche Erreichbarkeit herzustellen.

Wir werden

- die PlusBus-Verkehre mit dem Ziel der zukunftsfesten Ausrichtung evaluieren;

- die Zuschüsse an die Aufgabenträger des ÖPNV auch künftig anpassen;
- die Förderung von Investitionen in den ÖPNV fortsetzen;
- die Verkehrssicherheitsarbeit fortführen und das „Bündnis für Mobilität“ begleiten;
- neue Mobilitätsformen unterstützen.

Zur Verbesserung der Abrufbarkeit von Investitionsmitteln werden wir die Möglichkeit der Erhöhung der Bewilligungszeiträume prüfen.

Wir bekennen uns zum Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg, werden das Tarifsysteem vereinfachen und setzen uns für den Erhalt des Deutschlandtickets ein.

Wir priorisieren die Maßnahmen im Programm i2030 und arbeiten mit Berlin und der Deutschen Bahn AG an der weiteren Umsetzung. Die Planungskosten für die priorisierten Projekte sichern wir überjährig ab, damit diese zügig die Umsetzungsreife erlangen.

Fernverkehrshalte sind ein wichtiger Entwicklungsmotor. Wir setzen uns für den Erhalt und den Ausbau ein.

Gute Schieneninfrastruktur stärkt die Wirtschaft. Durch den weiteren Anschluss wichtiger Gewerbegebiete wollen wir den Güterverkehr verstärkt auf die Schiene oder auf Wasserstraßen verlagern und entsprechende Umschlagterminals schaffen. Die Planungen zum Schienenpersonenverkehr sind mit den Anforderungen des Schienengüterverkehrs und des Deutschlandtaktes zu koordinieren.

Wir unterstützen die Entwicklung

des Flughafens BER, insbesondere den Ausbau von Langstreckenverbindungen. Wir halten am Beschluss des Landtages zum Volksbegehren Nachtflugverbot BER fest und setzen uns für lärmindernde An- und Abflugverfahren ein. Eine dritte Start- und Landebahn lehnen wir ab.

SCHNELLER BAUEN FÜR MEHR BEZAHLBARES WOHNEN

Unsere Städte und Dörfer sollen attraktive Lebensmittelpunkte bleiben. Wir führen die Städtebauförderung und die Wohnraumförderung fort. Schwerpunkte dabei sind

- die Schaffung bezahlbaren Wohnraums;
- der Erhalt lebendiger Innenstädte und Dorfkerne;
- der Erhalt einer guten sozialen Infrastruktur und eines attraktiven Lebensumfeldes. Wir werden die Erarbeitung und Fortschreibung von Integrierten Stadtentwicklungskonzepten (INSEK) vereinfachen.

Bauen muss preiswerter und effizienter werden. Der in den Landtag eingebrachte Entwurf zur Novellierung der Bauordnung ist ein richtiger Schritt dafür. Im parlamentarischen Verfahren wollen wir weitere Veränderungen mit dem Ziel der Vereinfachung und Verkürzung einbringen und bis Ende 2026 das digitale Baugenehmigungsverfahren flächendeckend einführen.

Wir wollen zudem

- energetische Standards überprüfen und dabei auch auf Quartierslösungen setzen;

- das serielle und modulare Bauen durch Typengenehmigungen, insbesondere für den Bau von Schulen, Kitas und Wohnungen, vereinfachen;
- die Kommunen bei der Erarbeitung kommunaler Wärmeplanungen unterstützen.

Wir achten auf gute Bauqualität und

- unterstützen die Baukulturinitiativen und Netzwerkarbeit;
- führen die Kompetenzstelle Nachhaltiges Bauen fort.

Wir wollen den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum durch die Weiterentwicklung des Bestands und die Förderung des Neubaus von Mietwohnungen und selbst genutztem Wohneigentum decken.

Zur Bereitstellung bebaubarer Flächen wollen wir

- unsere Kommunen bei der Bauleitplanung unterstützen;
- Wohnungsbau auch auf Rückbauflächen ermöglichen.

Das Bündnis für Wohnen ist und bleibt ein wichtiger Akteur für die Bündelung der Kräfte und gemeinsame Bewältigung der Herausforderungen.

Als wichtiges Instrument sichern wir die Funktions- und Leistungsfähigkeit des Landeswohnungsbauvermögens. Wir passen die Wohnraumförderung an und werden

- das derzeitige Fördervolumen für selbstgenutztes Wohneigentum verdoppeln;

- bei der Förderung des Mietwohnungsbaus auf eine ausgewogene regionale Verteilung achten;
- kommunale Wohnungsbauunternehmen und Genossenschaften bevorzugt berücksichtigen;
- die Einkommensgrenzen für die Wohnraumförderung und den Erhalt von Wohnberechtigungsscheinen an die reale Einkommensentwicklung anpassen; • die Möglichkeiten zur Übertragung von Belegungsbindungen im Bestand ausweiten;
- den Ankauf von Belegungsbindungen zur Bestandswahrung unterstützen.

Unser Ziel ist, dass Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen besser von der Wohnraumförderung profitieren können und jungen Familien der Bau von Eigenheimen erleichtert wird. Wir unterstützen die Kommunen beim Aufbau qualifizierter Mietspiegel, um die Mietentwicklung transparent und rechtssicher zu gestalten. Um in angespannten Wohnungsmärkten Mietsteigerungen zu begrenzen, behalten wir die Mietpreisbegrenzungs- und Kappungsgrenzenverordnung bei und setzen uns für die Verhinderung von Umgehungstatbeständen ein. |

IMMER RESPEKTVOLL

GRUNDSÄTZE DER ZUSAMMENARBEIT

8

Unsere Zusammenarbeit für Brandenburg ist geprägt von gegenseitigem Respekt, Vertrauen sowie der Anerkennung der jeweiligen politischen Positionen. Wir unterstützen uns gegenseitig dabei, Erfolge zu erzielen und eigene Akzente zu setzen, eigenständige Positionen zu diskutieren und zu vertreten. Die Grundlage dafür ist die enge und vertrauliche Abstimmung unter den Parteien, den Fraktionen und innerhalb der Landesregierung. Der kritische Diskurs ist unsere Basis dafür, die besten Lösungen für Brandenburg zu entwickeln.

Dazu werden wir

- als Steuerungsgremium einen paritätisch besetzten Koalitionsausschuss mit zehn Mitgliedern einrichten, der aus dem Ministerpräsidenten, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten, den Fraktions- und Landesvorsitzenden sowie den Generalsekretären der Koalitionspartner und einem weiteren – bzw. bei Personalunion – aus zwei weiteren Mitgliedern besteht. Die Chefin oder der Chef der Staatskanzlei nimmt als ständiger Gast an den Beratungen teil. Der Koalitionsausschuss tagt mindestens zweimal jährlich und wird die Ausrichtung und die Wirksamkeit der Regierungsarbeit im Blick haben;

- in jährlichen Koalitionsklausuren den Stand der Umsetzung der vereinbarten Ziele und Maßnahmen überprüfen sowie neue Prioritäten und Arbeitsschwerpunkte für das Folgejahr festlegen;
- zur Abstimmung der laufenden Regierungsarbeit eine monatliche Konsultation zwischen dem Ministerpräsidenten, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und den Fraktionsvorsitzenden etablieren.

Im Kabinett ist gegenseitige Rücksichtnahme Basis unserer vertrauensvollen Zusammenarbeit. Die Interessen des Landes Brandenburg haben bei Abstimmungen im Bundesrat absoluten Vorrang. „Verantwortung für Brandenburg“ ist unsere gemeinsame Leitlinie im Land, gegenüber dem Bund und in der Europäischen Union.

Weitergehende Regelungen zu Teilnahme-, Abstimmungs- und Informationspflichten werden wir einvernehmlich in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Landesregierung regeln.

Die Fraktionsvorsitzenden und die parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Koalitionsfraktionen verabreden einen regelmäßigen und engen Austausch zur Abstimmung über die parlamentarische Zusammenarbeit.



Wir treten im Landtag Brandenburg, in den Ausschüssen und in den weiteren parlamentarischen Gremien geschlossen auf und stimmen nicht mit wechselnden Mehrheiten ab. Gesetzentwürfe, Anträge, sonstige Vorlagen sowie Große Anfragen werden gemeinsam eingebracht. Die Koalitionspartner verabreden, dass Anträge und Initiativen aus den Reihen der Opposition grundsätzlich abzulehnen sind, sofern nicht einvernehmlich eine andere Vorgehensweise verabredet wurde. Ausschusssitzungen werden durch die

Koalitionspartner gemeinsam vorbereitet. Die betreffenden Mitglieder der Landesregierung bzw. ihre Staatssekretärinnen und Staatssekretäre werden zu diesen Sitzungen eingeladen.

DIE STRUKTUR DER LANDESREGIERUNG

Die SPD stellt den Ministerpräsidenten und hat das Vorschlagsrecht für die folgenden Ministerien:

- Staatskanzlei
- Ministerium der Finanzen
- Ministerium der Justiz und für Digitalisierung
- Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur
- Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt

- Ministerium für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz
- Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung

Die CDU stellt den stellvertretenden Ministerpräsidenten und hat das Vorschlagsrecht für die folgenden Ressorts:

- Ministerium des Innern und für Kommunales
- Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
- Ministerium für Wirtschaft, Energie, Klimaschutz und Europa

MASSNAHMEN

	Themenbereich (Handlungsfeld)	Maßnahme (Titel)	Maßnahme (Art)	Zuständigkeit/ Ziel*
1	Arbeit	Fachkräftestrategie	Überarbeitung der Fach- und Arbeitskräftestrategie	MWAEK 2026
2	Wirtschaft	Rohstoffstrategie	Nutzung heimischer Rohstoffpotentiale stärker verankern	MWAEK 2026
3	Arbeit (Tarifentwicklung)	Vergabe/Tariftreue	Aufhebung des Vergabegesetzes und Einführung einer Tariftreuregelung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge unter Berücksichtigung des Berliner Modells und des gemeinsamen Tarifregisters	MWAEK 2026/2027
4	Wirtschaft (Außenwirtschaft)	Außenwirtschafts-Konzept	Stärkung der Wahrnehmung Brandenburgs und Prüfung der Einrichtung von Wirtschaftsrepräsentanzen im Ausland	MWAEK 2026
5	Energie (Erneuerbare Energien)	EE-Genehmigungsverfahren	Beschleunigung der Genehmigung von EE-Anlagen (Geothermie)	MWAEK 2026
6	Wirtschaft (Unternehmensförderung)	Meisterausbildung	Einfachere Beantragung der Meistergründungsprämie und Einführung Meisterbonus	MWAEK 2026
7	Wirtschaft (Unternehmensgründung)	Gründungsoffensive	Brandenburg als Standort für Gründerinnen und Gründer positionieren, Erhalt der umfassenden Beratungs- und Förderangebote, Weiterentwicklung der Innovationsstrukturen	MWAEK 2026
8	Wirtschaft (Unternehmensgründung)	Start-up-Zentren	Stärkung Brandenburgs als innovativer Wirtschaftsstandort durch Unterstützung der Start-up-Zentren und von Zukunftsbranchen sowie der Vermittlung von spezifischem Know-how zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit	MWAEK 2026
9	Wirtschaft (Filmwirtschaft)	Film- und Medienförderung	Weiterentwicklung der Film- und Medienförderung, Stärkung des Standorts Babelsberg, Unterstützung der Filmbranche, weitere standortfördernde Maßnahmen und filmtouristische Erschließung Brandenburgs	MWAEK 2026
10	Energie (Strukturwandel)	Net-Zero-Valley	Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung für das Net-ZeroValley	MWAEK 2026
11	Wirtschaft (Jugendarbeitslosigkeit)	Jugendarbeitslosigkeit	Begleitagentur beaBrandenburg: Individueller Bildungs- oder Qualifizierungsplan für Menschen unter 25 Jahren im Bürgergeldbezug (im Sinne SGB-II-Gesetzgebungsverfahren)	MWAEK 2026/2027

MASSNAHMEN

	Themenbereich (Handlungsfeld)	Maßnahme (Titel)	Maßnahme (Art)	Zuständigkeit/ Ziel*
12	Landwirtschaft (Tierhaltung)	Nutztierstrategie	Überarbeitung der Nutztierstrategie zur Verankerung vielfältiger Aspekte der Tierhaltung	MLEUV 2026/2027
13	Wasserwirtschaft (Wasserversorgung)	Wassergesetz	Novellierung des Wassergesetzes	MLEUV 2026/2027
14	Naturschutz (Wildtiermanagement)	Wildtierbestand	Überarbeitung der Verordnungen für Biber, Kormoran, Wolf zur Regulierung des Wildtierbestandes	MLEUV 2026
15	Landwirtschaft (Bodenbewirtschaftung)	Ackerbau	EU- und Bundesinitiativen in den Bereichen: Düngerecht, Pflanzenschutz Pflanzenzüchtung; Ausrichtung der Agrarministerkonferenz	MLEUV 2026-2028

* Die Zuordnung der Zuständigkeiten folgt den bisherigen Ressortzuschnitten und -bezeichnungen (Stand 04.03.2026)

MASSNAHMEN

	Themenbereich (Handlungsfeld)	Maßnahme (Titel)	Maßnahme (Art)	Zuständigkeit/ Ziel*
16	Wissenschaft (Berufungsrecht)	Hochschulgesetz	Modernstes Berufsrecht Deutschlands schaffen	MWFK 2026
17	Wissenschaft (Forschung)	Forschungsstrategie	Erarbeitung einer Landesstrategie zur Verbesserung der Einwerbung von Drittmitteln	MWFK 2026
18	Wissenschaft (Studierendenwerke)	Kreditaufnahme Studierendenwerke	Landeshaushaltsordnung ändern, um den Studierendenwerken das Recht zur Kreditaufnahme einzuräumen	MdFE 2026
19	Kultur (Musik und Kunst)	Musik- und Kunst- schulgesetz	Überarbeitung des Musik- und Kunst- schulgesetzes mit dem Ziel der deut- lichen Entbürokratisierung	MWFK 2026
20	Kultur (Religion)	Staatsvertrag	Fortschreibung des Staatsvertrags mit dem Landesverband der jüdischen Ge- meinden	MWFK 2026
21	Kultur (Denkmalschutz)	Kloster Chorin	Überführung des Denkmals in eine Landesstiftung	MWFK 2027

MASSNAHMEN

	Themenbereich (Handlungsfeld)	Maßnahme (Titel)	Maßnahme (Art)	Zuständigkeit/ Ziel*
22	Frühkindliche Bildung (Kindertagesstätten)	Kitafinanzierungs- Neuordnungsgesetz	Neuordnung der gesetzlichen KitaFinan- zierung, Aufnahme einer gesetzlichen Regelung zur Datenübermittlung bezüg- lich Kita/Schule/Hort	MBJS 2027
23	Frühkindliche Bildung (Kindertagesstätten)	Frühkindliche Bewe- gungsförderung	Einführung eines neuen Fortbildungs- schwerpunkts „Bewegungsförderung und körperlich-motorische Entwicklung“ im SFBB sowie Prüfung einer Änderung der KMKRahmenvereinbarung zur Erzieherausbildung zur nachhaltigen Stärkung des Ausbildungsinhalts Be- wegungsförderung	MBJS 2027
24	Bildung (Schule)	Lesen-Schreiben- RechnenOffensive	Lese- und Rechenband in allen Grund- schulen verbindlich einführen, eine zusätzliche Stunde Deutsch in der Grundschule	MBJS 2027
25	Bildung (Schule)	Unterrichtsverpflich- tung	Evaluation Anrechnungs- und Entlas- tungsstunden	MBJS 2027
26	Bildung (Schule)	Rahmenlehrpläne	Überarbeitung und Einführung landes- eigener Lehrpläne für die Kernfächer Deutsch/Mathematik und Englisch	MBJS 2027

* Die Zuordnung der Zuständigkeiten folgt den bisherigen Ressortzuschnitten und -bezeichnungen (Stand 04.03.2026)

MASSNAHMEN

	Themenbereich (Handlungsfeld)	Maßnahme (Titel)	Maßnahme (Art)	Zuständigkeit/ Ziel*
27	Polizei (Modernisierung)	Polizeigesetz	Polizeigesetz modernisieren und die Einsatzkräfte mit den notwendigen Befugnissen ausstatten	MIK 2026
28	Polizei (Personaleinsatz)	Einsatzhundertschaft	Einsatz zusätzlicher Polizeikräfte im Umfeld des BER, Freisetzung von Kräften für landesseitige Aufgaben, v.a. in der erweiterten deutschpolnischen Grenzregion	MIK 2026/2027
29	Ordnungsbehörden (Modernisierung)	Ordnungsbehörden-Gesetz	Novellierung des Ordnungsbehörden-gesetzes mit Überprüfung und ggfs. Erweiterung der Befugnisse für die Ordnungsbehörden	MIK 2026
30	Stiftungen (Resilienz)	Stiftungsfinanzierungsgesetz	Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für Zuwendungen an parteinahe Stiftungen und kommunalpolitische Vereinigungen	MIK 2026
31	Feuerwehr (Unterstützung Kommunen)	Brand- und Katastrophenschutz	Konzeptionierung eines Musterfeuerwehrgerätehaus es für einen effizienten Mitteleinsatz	MIK 2026
32	Katastrophenschutz (Sicherheit)	Krisenresilienz	Konzeption zur Notstromversorgung in der Landesverwaltung, Prüfung eines geeigneten Rechtsrahmens für Krisensituationen sowie möglicher landesrechtlicher Regelungen zum Eigenschutz von KRITIS-Betreibern	MIK 2026

MASSNAHMEN

	Themenbereich (Handlungsfeld)	Maßnahme (Titel)	Maßnahme (Art)	Zuständigkeit/ Ziel*
33	Justiz (Modernisierung)	Richtergesetz	Modernisierung und Stärkung der Justiz, mehr Richterinnen und Richter in der Fläche einsetzen, Sicherung der Mitbestimmung in der Justiz	MdJD 2026
34	Justiz (Ausstattung)	Justizvollzug	Maßnahmenpaket zur Stärkung der Sicherheit und der personellen Ausstattung im brandenburgischen Justizvollzug	MdJD 2026
35	Justiz (Asylrecht)		Einsatz von Richterinnen und Richtern beschleunigen, Einrichtung der Asyl-dokumentationsstelle beim OVG Berlin-Brandenburg und Anpassung der Gerichtszuständigkeiten	MdJD 2026
36-52 andere Ministerien ff.				
53	Staatsmodernisierung/ Bürokratieabbau (Moderne Verwaltung)	Umsetzung Bund-Länder Beschlüsse vom 04.12.2025	Reduzierung und Bündelung von Berichts-, Informations-, Nachweis-, Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten; Reduzierung von Vorschriften, die pauschal die Vorlage beglaubigter Kopien oder Abschriften verlangen	Staatskanzlei MdJD 2026
54	Digitalisierung (Moderne Verwaltung)	Brandenburgisches EGovernment-Gesetz	Verbesserung der Digitalisierung in der Landesverwaltung, u.a. durch Einführung des „Once-Only“-Prinzips	MdJD 2026/2027
55	Digitalisierung (Moderne Verwaltung)	Onlinezugangsgesetz (OZG)	Umsetzung von 10 Fokusleistungen mit Schwerpunkt u.a. Wohnsitzmeldung, Elterngeld, An- und Abmeldung von Unternehmen	MdJD 2027
56	Digitalisierung (Moderne Verwaltung)	Künstliche Intelligenz	Einführung eines KI-Assistenten in der Landesverwaltung 2026 und in den Kommunen in 2027	MdJD 2026/2027

* Die Zuordnung der Zuständigkeiten folgt den bisherigen Ressortzuschnitten und -bezeichnungen (Stand 04.03.2026)

MASSNAHMEN

	Themenbereich (Handlungsfeld)	Maßnahme (Titel)	Maßnahme (Art)	Zuständigkeit/ Ziel*
36	Gesundheit (Pflege)	Hospiz- und Palliativversorgung	Einrichtung eines Runden Tisches zur Entwicklung von Handlungsoptionen mit dem Ziel, die Hospiz- und Palliativarbeit zu verbessern	MGS 2026
37	Gesundheit (Prävention)	Nichtrauchenden-Schutzgesetz	Änderung des Nichtraucherschutzgesetzes (u.a. Dämpfe von E-Zigaretten/ Cannabiskonsum in öffentlichen Einrichtungen verbieten)	MGS 2026
38	Gesundheit (Ärztmangel)	Landärztegesetz	Einführung einer Landarztquote	MGS 2026/2027
39	Gesundheit (Krankenhäuser)	5. Krankenhausplan	Fertigstellung des 5. Krankenhausplans unter Berücksichtigung der neuen bundesgesetzlichen Vorgaben	MGS 2027
40	Gesundheit (Pflege)	Landespflegegesetz	Aufnahme des „Paktes für Pflege“ in das Landespflegegesetz	MGS 2027
41	Daseinsfürsorge (Ländlicher Raum)	Ladenöffnungsgesetz	Anpassung des Ladenöffnungsgesetzes zur Betreibung von Smart Stores 24/7	MGS 2026
42	Soziales (Kinder- und Jugendschutz)	Kinderschutzinstitutsambulanzen	Einrichtung von Kinderschutzinstitutsambulanzen/ Kinderschutz-/ Childhood-Häuser	MGS 2026/2027
43	Soziales (Gewaltprävention)	Gewalthilfegesetz	Auf- und Ausbau der mit dem Gewalthilfegesetz normierten Hilfesysteme	MGS 2026
44	Soziales (Menschen mit Behinderung)	Behindertengleichstellungsgesetz	Evaluierung des Behindertengleichstellungsgesetzes	MGS 2026/2027
45	Soziales (Familien)	Familienportal	Digitalisierung des Familienpasses	MGS 2026/2027
46	Soziales (Senioren)	Seniorenpolitische Leitlinien	Fortschreibung der Leitlinien zur Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen	MGS 2027

MASSNAHMEN

	Themenbereich (Handlungsfeld)	Maßnahme (Titel)	Maßnahme (Art)	Zuständigkeit/ Ziel*
47	Landesplanung Regionalentwicklung (Entwicklung)	LEP Hauptstadtregion	Überprüfung des LEP HR mit dem Ziel, Entwicklungsspielräume für Gemeinden außerhalb der Verdichtungsräume zu erweitern	MIL 2026
48	Infrastruktur (ÖPNV)	VBB-Tarifsystem	Azubi-Ticket wieder einführen	MIL 2026
49	Infrastruktur (Straßen/Radwege)	Brandenburgisches Straßengesetz	Gesetzesnovellierung: Senkung von Kosten durch Überprüfung von Standards im Straßen- und Radwegebau sowie Beschleunigung bei der Planung und Genehmigung von Vorhaben	MIL 2026
50	Landesplanung/ Regionalentwicklung (Bauen)	Bauordnung	Novellierung der Bauordnung und der Baugebührenordnung, Einbringung weiterer Veränderungen mit dem Ziel der Vereinfachung und Verkürzung	MIL 2026
51	Landesplanung/ Regionalentwicklung (Entwicklung)	Integrierte Stadtentwicklung	Verfahren zur Aufstellung und Fortschreibung der Integrierten Stadtentwicklungskonzepte (INSEK) vereinfachen	MIL 2026
52	Landesplanung/ Regionalentwicklung (Bauen)	Wohnraumförderung	Anpassung der Wohnraumförderung mit dem Ziel, die Förderung selbstgenutzten Wohneigentums zu stärken und die Einkommensgrenzen an die aktuelle Einkommensentwicklung anzupassen	MIL 2027

* Die Zuordnung der Zuständigkeiten folgt den bisherigen Ressortzuschnitten und -bezeichnungen (Stand 04.03.2026)

MASSNAHMEN

	Themenbereich (Handlungsfeld)	Maßnahme (Titel)	Maßnahme (Art)	Zuständigkeit/ Ziel*
57	Finanzen (Haushalt)	Beamtenwesen	Keine neuen Verbeamtungen außer im hoheitlichen Kernbereich/ Bildung	MdFE 2026
58	Finanzen (Haushalt)	Personal	Schrittweise Reduzierung der Personalkosten um fünf Prozent	MdFE 2026-2029
59	Finanzen (Haushalt)	Beauftragtenwesen	Kritische Überprüfung des Landesbeauftragtenwesens	MdFE 2026-2029
60	Finanzen (Haushalt)	Liegenschaften und Dienstleistungen	Hebung von Einsparpotentialen in der Landesverwaltung bei Mieten für Büroflächen, Dienstleistungen, etc.	MdFE 2026-2029

DAS IST
UNSERE ART ZU
REGIEREN.

* Die Zuordnung der Zuständigkeiten folgt den bisherigen Ressortzuschnitten und -bezeichnungen (Stand 04.03.2026)



SPD Brandenburg
Alleestraße 9
14469 Potsdam



CDU Brandenburg
Gregor-Mendel-Straße 3
14469 Potsdam